

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 86

Jutta Graf/Viola Neu

PolitikKompass

Bürgerliche Koalition mit deutlichem Vorsprung

Sankt Augustin, August 2002

Ansprechpartner:

Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu / Jutta Graf
Team „Politische Kommunikation, Parteien-
und Meinungsforschung“
Telefon: 0 22 41/246-249 / -259
E-Mail: viola.neu@kas.de / jutta.graf@kas.de

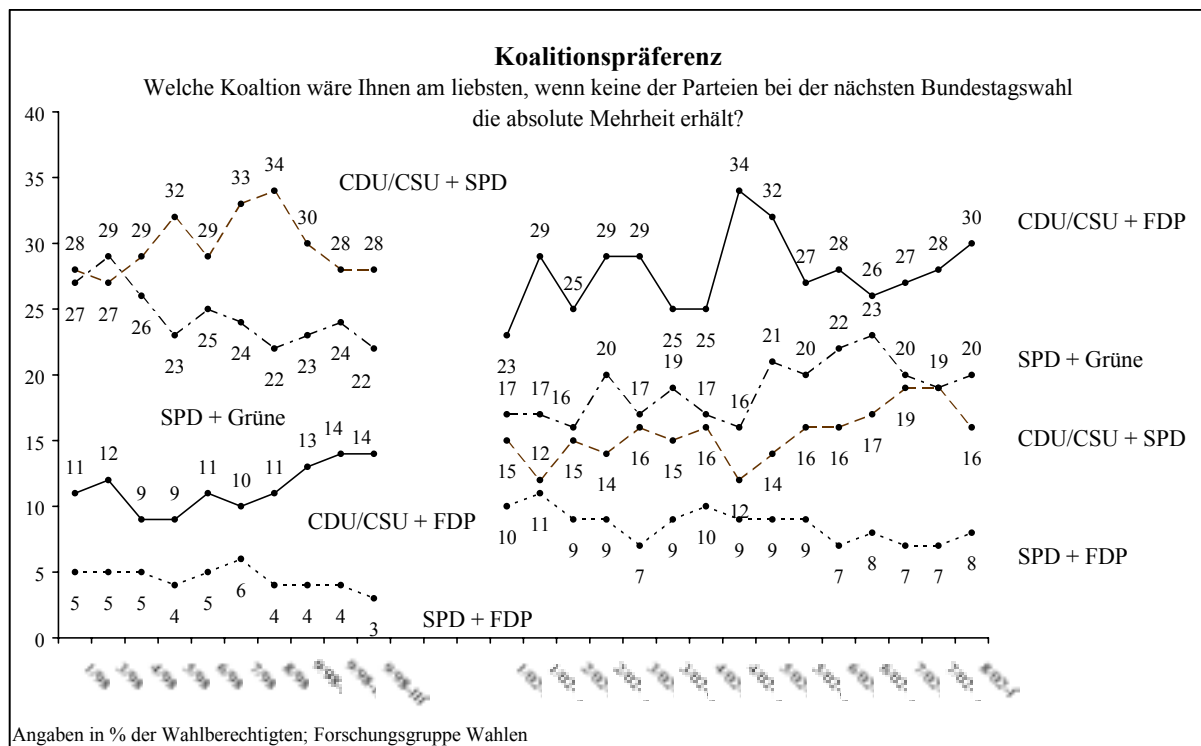
Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

1. Die politische Stimmung¹

Sechs Wochen vor der Bundestagswahl hat die Union ihren Vorsprung vor der SPD gehalten, bzw. sogar leicht ausgebaut. Nach einer Umfrage von Infratest dimap, die Mitte August durchgeführt wurde, würde die CDU von 41 Prozent unterstützt werden, die SPD von 34 Prozent. Damit käme eine Koalition aus Union und FDP auf einen Anteil von 50 Prozent und hätte einen deutlichen Vorsprung vor den anderen Parteien (SPD; Grüne; PDS), die auf einen Anteil von 46 Prozent kämen (4 Prozent der Bundesbürger würden derzeit eine der sonstigen Parteien wählen).

Dementsprechend gewinnt die bürgerliche Koalition kontinuierlich an Unterstützung. Ein knappes Drittel der Bundesbürger würde eine bürgerliche Koalition bevorzugen. Damit ist der Abstand zwischen Union und FDP auf der einen Seite und SPD und Grünen auf der anderen Seite auf 10 Punkte angewachsen.

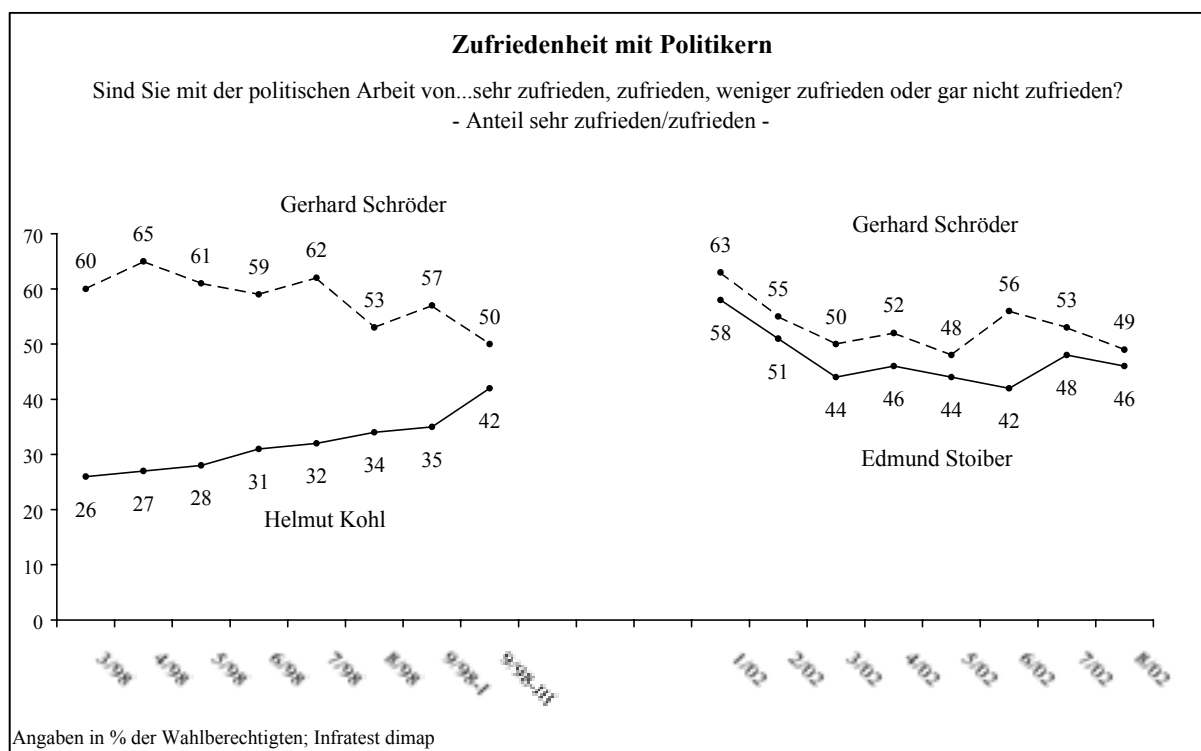


Trotz des Vorsprungs der Union vor der SPD und den Vorteilen für eine bürgerliche Koalition, tendiert das Meinungsklima im Vorfeld der Wahl nicht einheitlich. In der von der

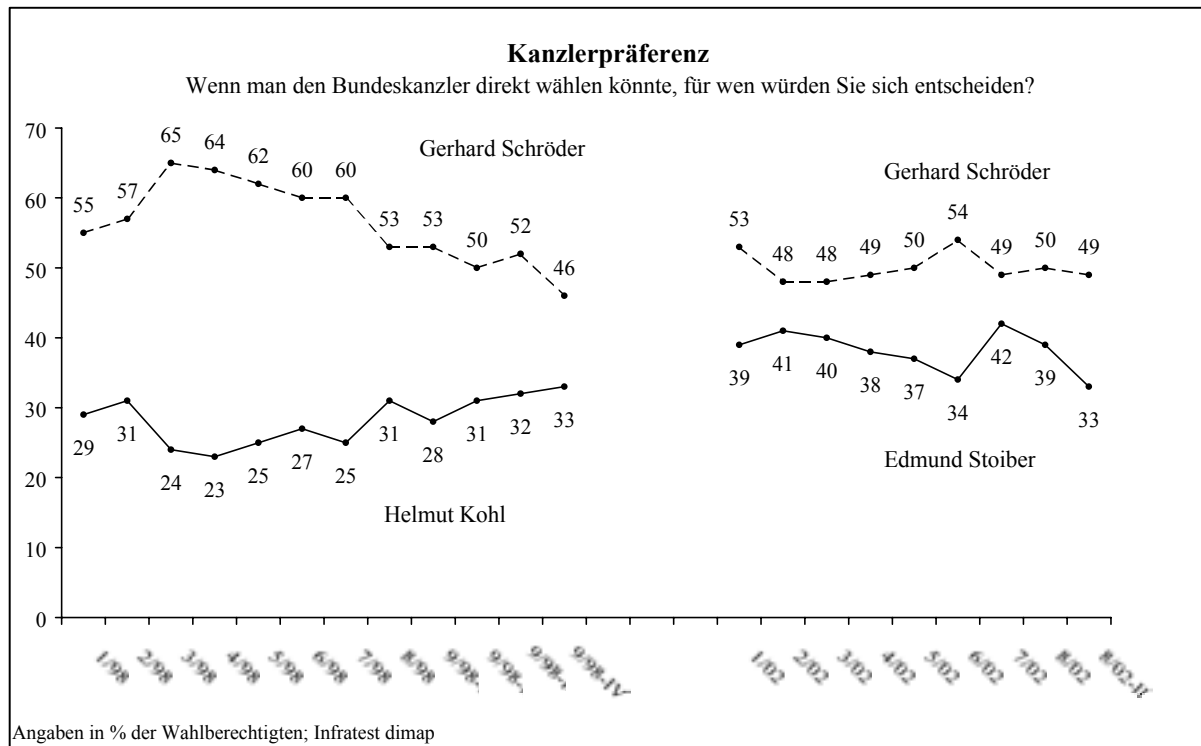
¹ Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Kalenderwoche 30; Kalenderwoche 32; Infratest dimap DeutschlandTREND August und August II, Blitz-Umfrage „Gysi-Rücktritt“ August 2002; Institut für Demoskopie Allensbach, in: FAZ vom 2. August 2002, FAZ vom 14. August 2002

Forschungsgruppe Wahlen gemessenen politischen Stimmung konnte die SPD zwei Punkte gutmachen, während die Union einen Punkt einbüßte. Diese Stimmungsveränderungen spiegeln sich noch nicht in der Projektion wider. Hier bleiben SPD (36 Prozent) und Union (41 Prozent) konstant.

Uneinheitlich tendiert auch die Bewertung der Spitzenkandidaten. Die Zufriedenheit mit der politischen Arbeit von Gerhard Schröder ist seit Juni um 7 Punkte gesunken. Zwar muss auch Edmund Stoiber einen leichten Rückgang der Zufriedenheit verzeichnen, die Kandidaten liegen jetzt aber fast Kopf an Kopf.



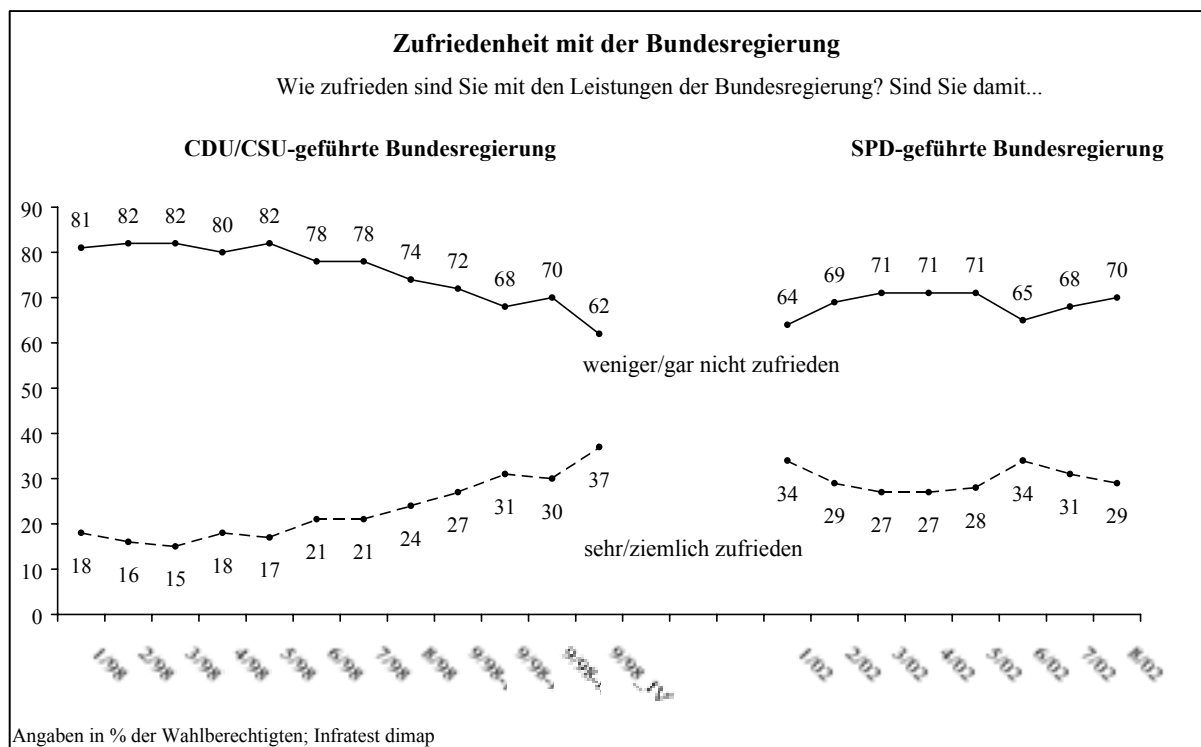
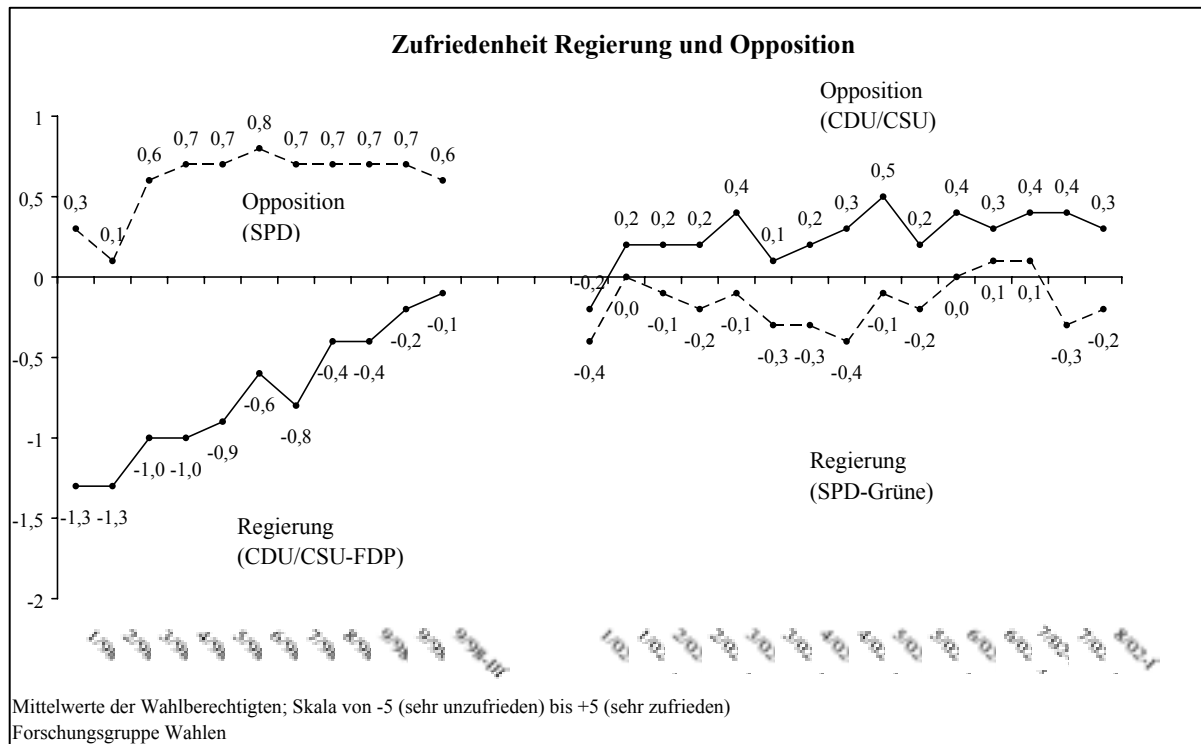
Während die Bundesbürger mit Gerhard Schröder und Edmund Stoiber etwa gleich zufrieden sind, konnte Schröder bei der Frage nach einer hypothetischen Direktwahl des Bundeskanzlers erneut seinen Vorsprung ausbauen. Dieser Vorsprung beträgt bei Infratest dimap 16 Punkte und bei der Forschungsgruppe Wahlen 12 Punkte.



2. Bewertung von Regierung und Opposition

Nach wie vor ist es der Regierung nicht gelungen, ihr Ansehen in der Bevölkerung zu verbessern. Nach den Umfragen von Infratest dimap wächst der Anteil der Unzufriedenen noch und liegt Anfang August bei 70 Prozent. Selbst in den Reihen der SPD-Anhängerschaft sind 38 Prozent unzufrieden. Im Vergleich zum Vormonat ergeben sich nur wenige Verschiebungen. Bei den Jung- und Erstwählern ist der Anteil der Unzufriedenen zurückgegangen, bei den Freien Berufen und den Selbständigen ist der Anteil der Unzufriedenen angestiegen.

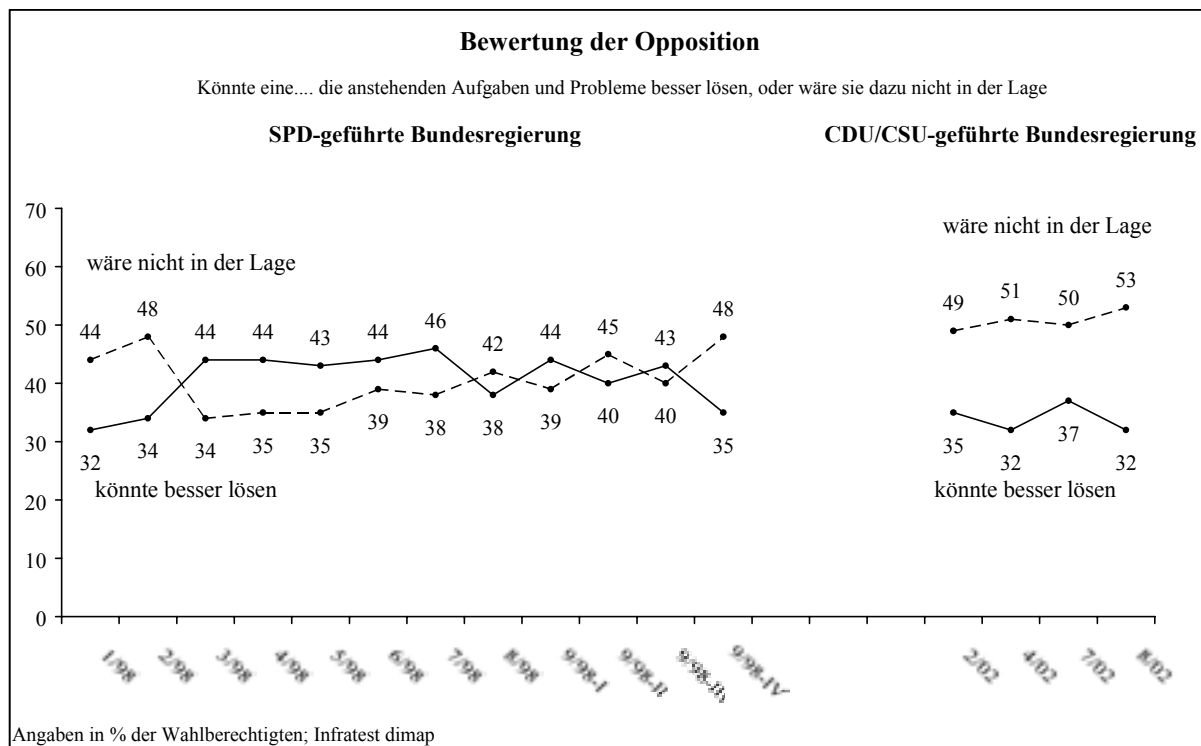
Nach den Ergebnissen von der Forschungsgruppe Wahlen, konnte sich die Regierung geringfügig verbessern, wird aber mit -0,2 nach vor im negativen Bereich eingestuft (Mittelwert auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala). Die Bewertung der Union hält sich konstant im positiven Bereich (August: +0,3).



Wie auch schon in anderen Bereichen, zeichnen sich auch hier leicht gegenläufige Haltungen ab. Trotz der großen Unzufriedenheit mit der Bundesregierung ist es der Union noch nicht gelungen, eine Mehrheit zu überzeugen, die anstehenden Probleme besser als die amtierende Bundesregierung lösen zu können. Gut die Hälfte der Bundesbürger traut es der Union nicht

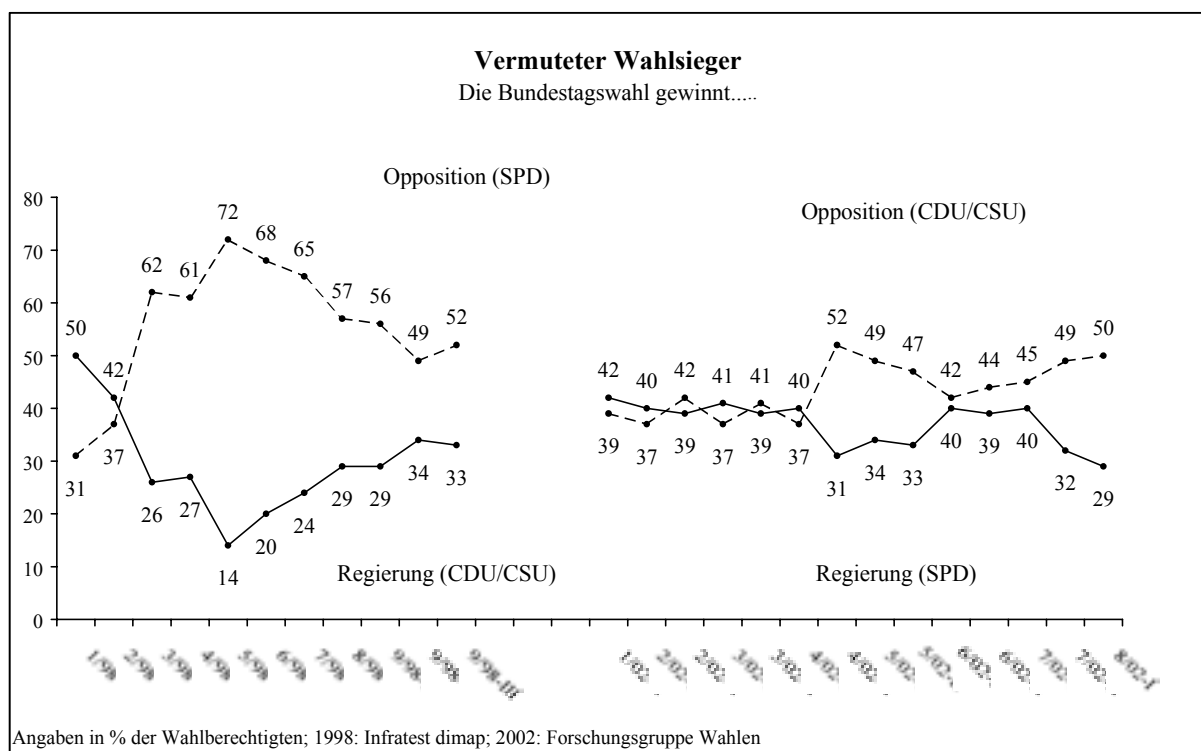
zu die anstehenden Probleme besser als die amtierende Bundesregierung zu lösen: Vertrauen genießt sie derzeit bei etwa einem Drittel. Im Vergleich zum Vormonat hat sich die Bewertung der Union leicht verschlechtert. Statt 37 Prozent im Juli sehen im August 32 Prozent die bessere Problemlösung bei der Union. Andererseits (s.u.) konnte die Union ihren Vorsprung bei den Sachthemen ausbauen. Daher scheint sich in dieser Frage derzeit eher eine generell reservierte Haltung gegenüber der Problemlösungsfähigkeit der Politik auszudrücken.

Überdurchschnittlich stark gesunken ist das Vertrauen in die Union bei der quantitativ großen Wählergruppe der über 60jährigen („besser lösen“: Juli: 43 Prozent; August 36 Prozent) bzw. der Rentner („besser lösen“: Juli: 43 Prozent; August: 34 Prozent). Aber auch bei den 45-59jährigen ist der Anteil, der eine bessere Lösung bei der Union vermutet von 32 Prozent auf 25 Prozent zurückgegangen. In der Arbeiterschaft sank der Anteil derjenigen, der die bessere Lösung bei der Union vermutet von 42 Prozent auf 34 Prozent.



Im Unterschied zu 1998 hat sich bislang noch keine eindeutige Wechselstimmung etabliert. Nach den Ergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen ist die Bevölkerung gespalten: 47 Prozent wünschen sich Kontinuität; 46 Prozent sind der Ansicht, die Zeit sei reif für einen Regierungswechsel. 1998 war die Wechselstimmung eindeutiger. Im August 1998 sprachen sich 68 Prozent für einen Wechsel aus.

Auch wenn der Wunsch nach einem Regierungswechsel noch nicht das Klima dominiert, so wird der Erfolg auf der Seite der Union verortet. Seit Juni baut die Union ihren Vorsprung gegenüber der SPD aus. Die Hälfte der Bundesbürger sieht die besseren Erfolgsaussichten, die Bundestagswahl zu gewinnen bei der Union und FDP. Die Erwartung, dass es der SPD erneut gelingen wird, schwindet seit Juni. Nur noch 29 Prozent glauben, dass der rot-grünen Regierung erneut der Wahlsieg gelingen wird. Die Differenz zwischen Union und SPD beträgt jetzt 21 Punkte. Dabei ist die Siegesstimmung in den Reihen der Unionsanhängerschaft (77 Prozent) wesentlich größer als in den Reihen der SPD (55 Prozent).



Auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint es dann, wenn 83 Prozent der Wähler den Ausgang der Bundestagswahl noch für offen halten. Doch auch im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 glaubte nur eine Minderheit daran, dass die Wahl schon entschieden sei. Dieser Indikator deutet eher darauf hin, dass die Wähler gut zu mobilisieren sein dürften, was sie vor dem Hintergrund eines vermeintlich gelaufenen Rennens in geringerem Umfang wären.

3. Wahrnehmung des Rücktritts von Gregor Gysi

Nachdem Gregor Gysi im Oktober 2000 den Fraktionsvorsitz im Bundestag niederlegte und im letzten Jahr als Spitzenkandidat für die PDS den Berliner Wahlkampf entscheidend mitgestaltete, trat er jetzt im Zusammenhang der Flugmeilen-Affäre vom Amt des Wirtschaftssenators in Berlin zurück. Er wird zwar im Bundestagswahlkampf seine schon vorab vereinbarten Termine wahrnehmen, allerdings war schon vor seinem Rücktritt nur ein mäßiges Engagement von Gysi im Wahlkampf geplant.

Doch scheint die Bevölkerung nicht erwartet zu haben, dass die Flugmeilen-Affäre politische Konsequenzen haben würde. Die Forschungsgruppe Wahlen hat ermittelt, dass sich zwar 80 Prozent der Bundesbürger für eine Rückzahlung aussprachen, aber nur 17 Prozent einen Rücktritt der Politiker forderten. Zudem scheint diese Affäre nur auf geringes öffentliches Interesse zu stoßen. Nur 37 Prozent bewerten die Debatte um die Lufthansa-Bonusmeilen als wichtig; für 61 Prozent hat die Affäre eher eine geringe Relevanz.

Auch im Falle Gysi zeigt sich eine Mehrheit nachsichtig. Nach den Ergebnissen von Infratest dimap waren 43 Prozent der Befragten der Ansicht, der Rücktritt sei angemessen gewesen; 49 Prozent hielten ihn nicht für gerechtfertigt. Doch falls sich auch bei anderen Politikern bestätigen sollte, dass Privatreisen aus einem dienstlichen Bonusprogramm finanziert wurden, sind 56 Prozent der Ansicht, dass diese Politiker dann auch zurücktreten sollten (39 Prozent halten auch hier einen Rücktritt für nicht notwendig).

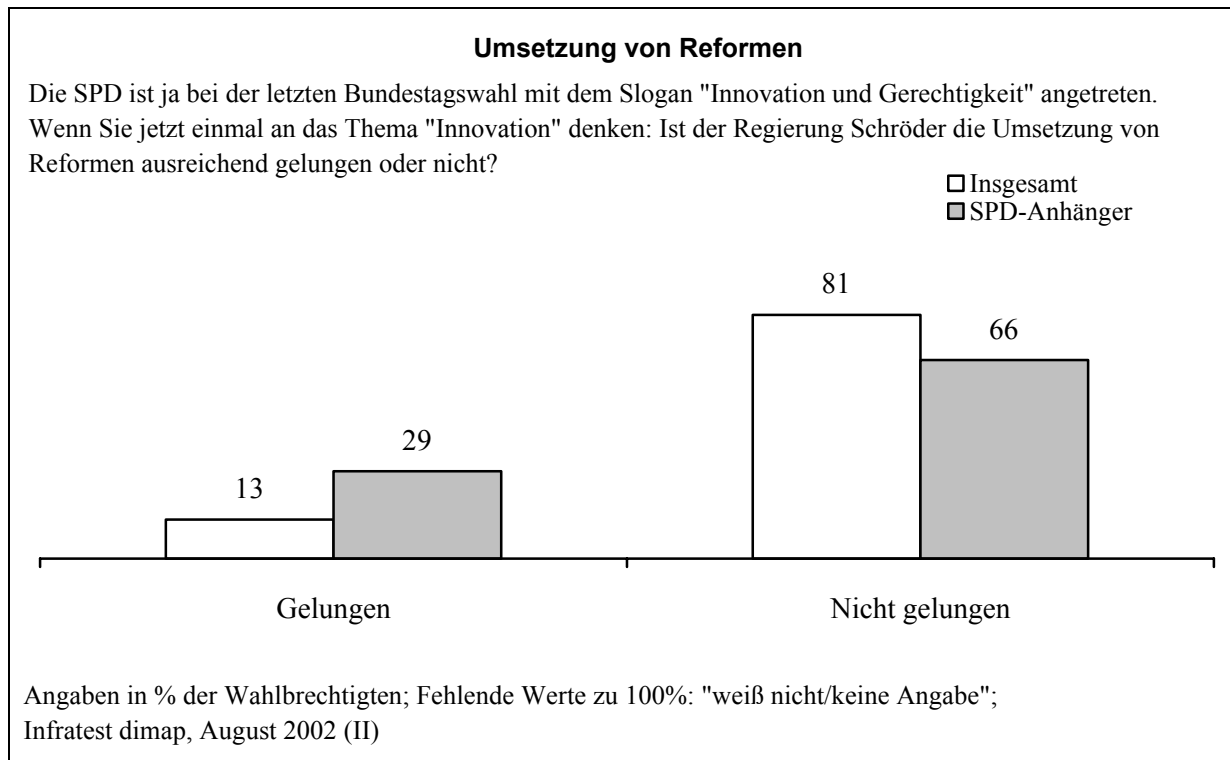
3.1 Wiedereinzug der PDS in den Bundestag stark gefährdet

Der Wiedereinzug der PDS in den Bundestag wird immer unwahrscheinlicher. In Folge der Wahlkreisreform wird die PDS in Berlin wahrscheinlich nur noch zwei Wahlkreise gewinnen können (Berlin-Lichtenberg-Hohenschönhausen; Berlin-Marzahn-Hellersdorf). Da die PDS mindestens drei Direktmandate gewinnen muss, um entsprechend ihrem Wahlergebnis im Bundestag repräsentiert zu sein, kann es durchaus sein, dass die PDS im nächsten Bundestag nur noch von Petra Pau und Gesine Löttsch vertreten sein wird.

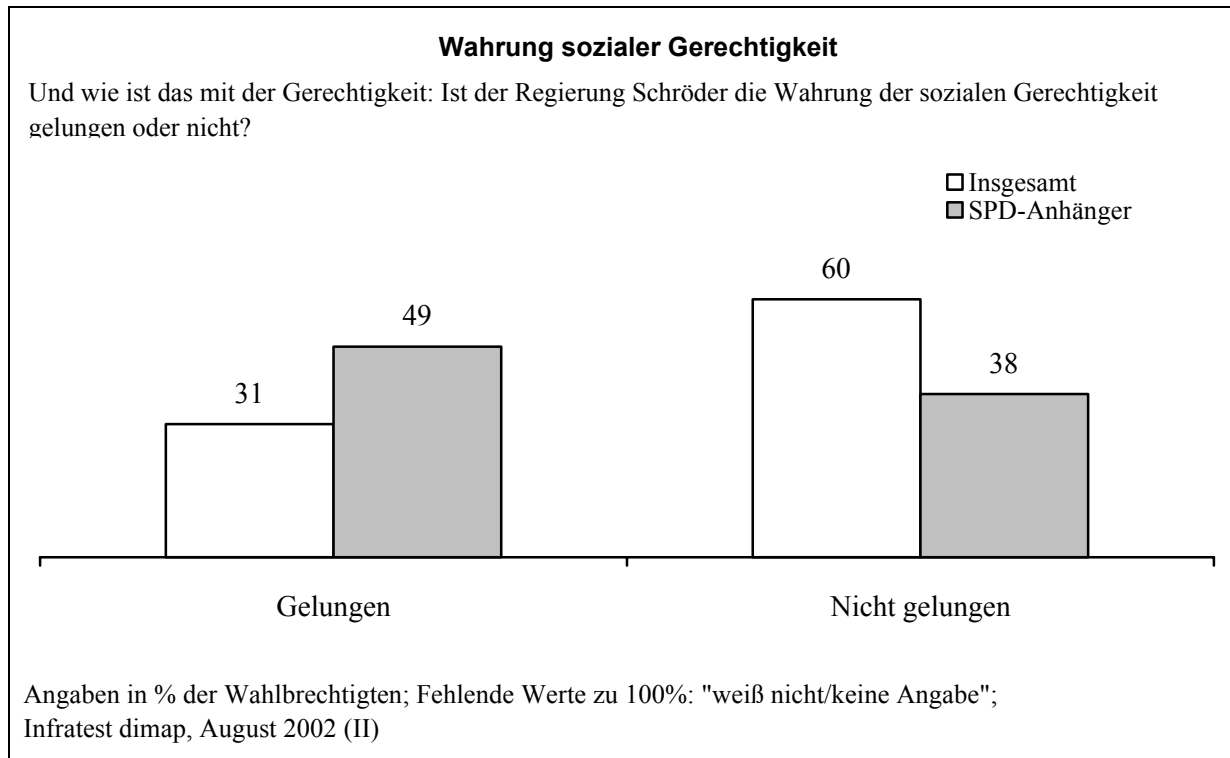
Auch der eigenständige Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde ist mehr als unsicher. Die Flugmeilenaffäre und der Rücktritt Gysis trifft die PDS emotional. In der von der Forschungsgruppe Wahlen gemessenen politischen Stimmung kommt die PDS im August auf 4 Prozent. Damit hat sie sich zwar gegenüber vor zwei Wochen leicht erholt (1 Prozentpunkt), allerdings auf niedrigem Niveau.

4. Bewertung der SPD-Reformversprechen von 1998

Nach vier Jahren fällt die Bewertung der Umsetzung der Reformversprechen des letzten Wahlkampfes für die SPD bescheiden aus. 81 Prozent sehen nicht, dass die Umsetzung von „innovativen“ Reformen gelungen ist.



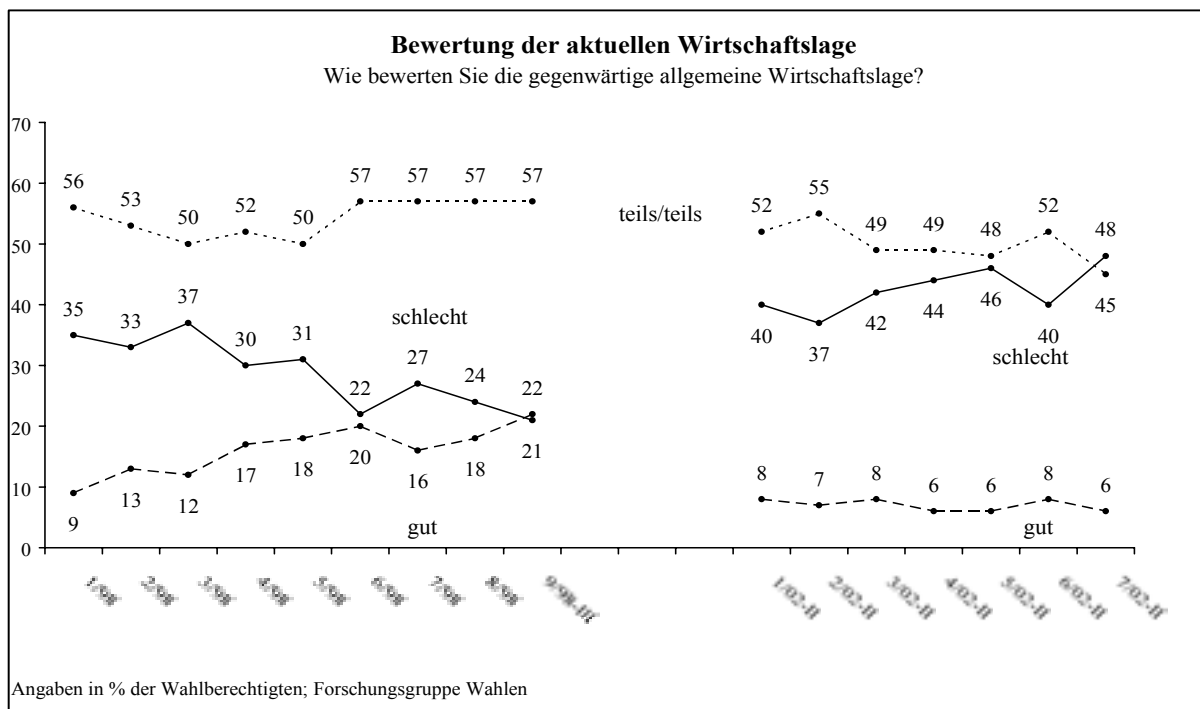
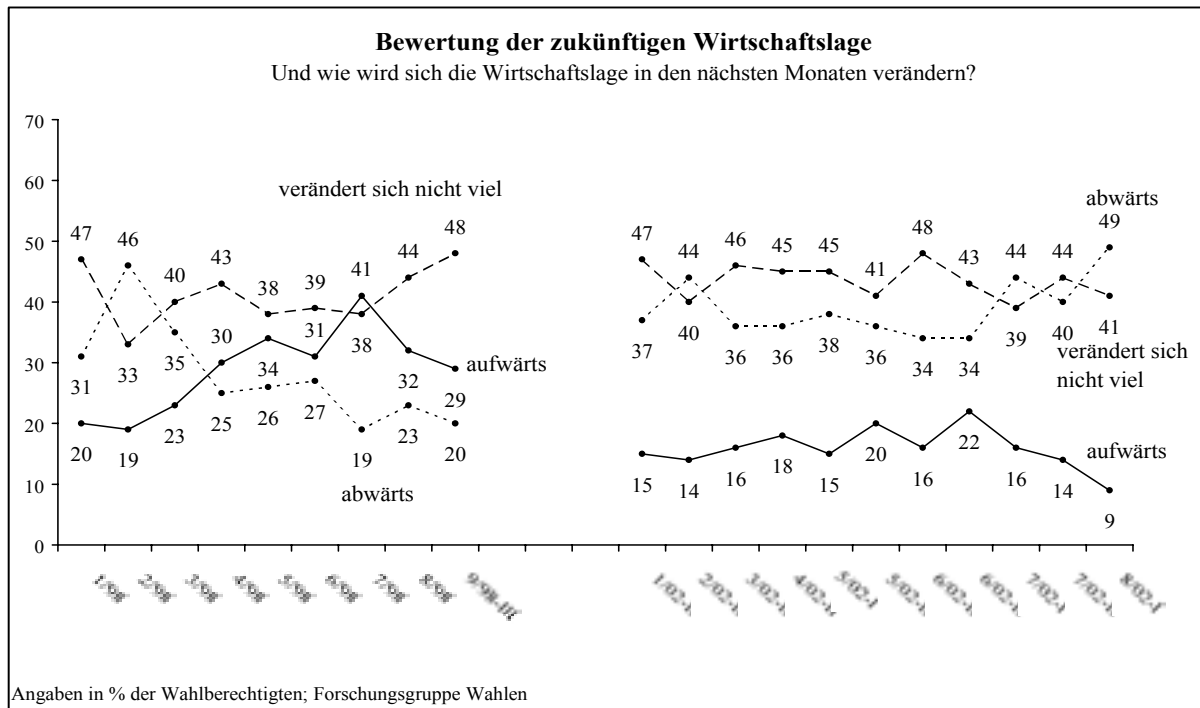
Etwas verhaltener fällt die Kritik an der Einlösung sozialer Gerechtigkeit aus. Zwar sind auch hier 60 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die Wahrung sozialer Gerechtigkeit der SPD nicht gelungen sei. Aber innerhalb der SPD-Anhängerschaft dominiert hier – im Gegensatz zur “Innovation” – eine positive Bewertung. 49 Prozent der SPD-Anhänger sehen die Regierung hier erfolgreich, 38 Prozent sind der Ansicht, die Wahrung der sozialen Gerechtigkeit sei nicht gelungen.



5. Bewertung der Wirtschaftslage

Die nach wie vor kritische Bewertung der wirtschaftlichen Lage, trägt dazu bei, dass es der Regierung nicht gelingt, aus dem Stimmungstief herauszukommen. Seit Juli steigt der Anteil derjenigen, der die Wirtschaft auf Talfahrt sieht deutlich an. Nur noch 9 Prozent glauben an einen Aufschwung, während 49 Prozent die Konjunkturaussichten negativ beurteilen (im Juni betrug der Anteil der Pessimisten noch 34 Prozent).

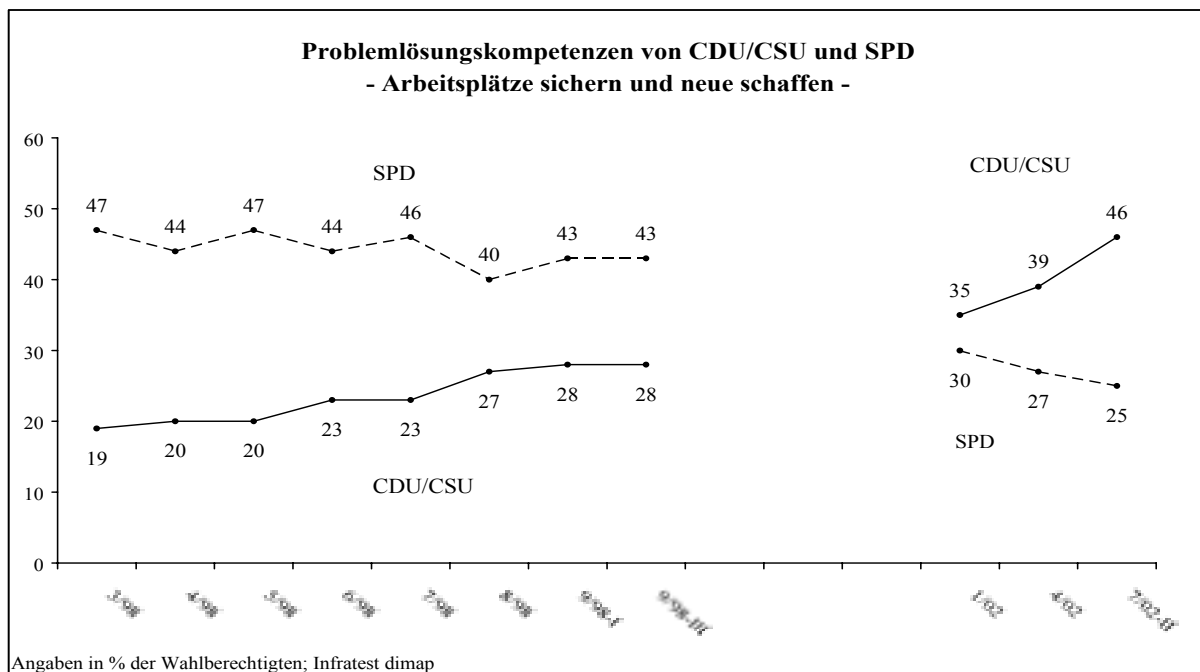
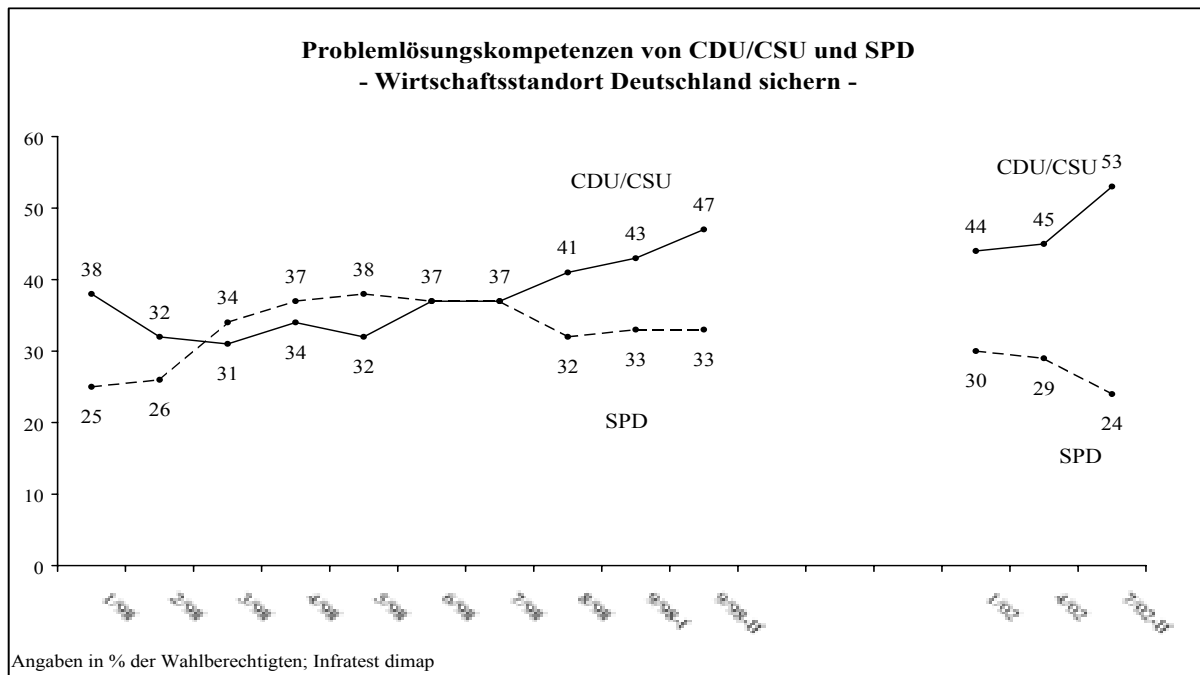
Auch in der Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage macht sich in der Bevölkerung Pessimismus breit. Eine Mehrheit von 48 Prozent empfindet die wirtschaftliche Lage derzeit als schlecht. Zu keinem Zeitpunkt in diesem Wahljahr war der Anteil der Pessimisten größer. Im Vergleich zur Vorwahl ist der Anteil der kritischen Ansichten mehr als doppelt so hoch. Damit fehlt der Regierung eine optimistische Grundstimmung, die einen erneuten Wahlsieg schwer machen dürfte.

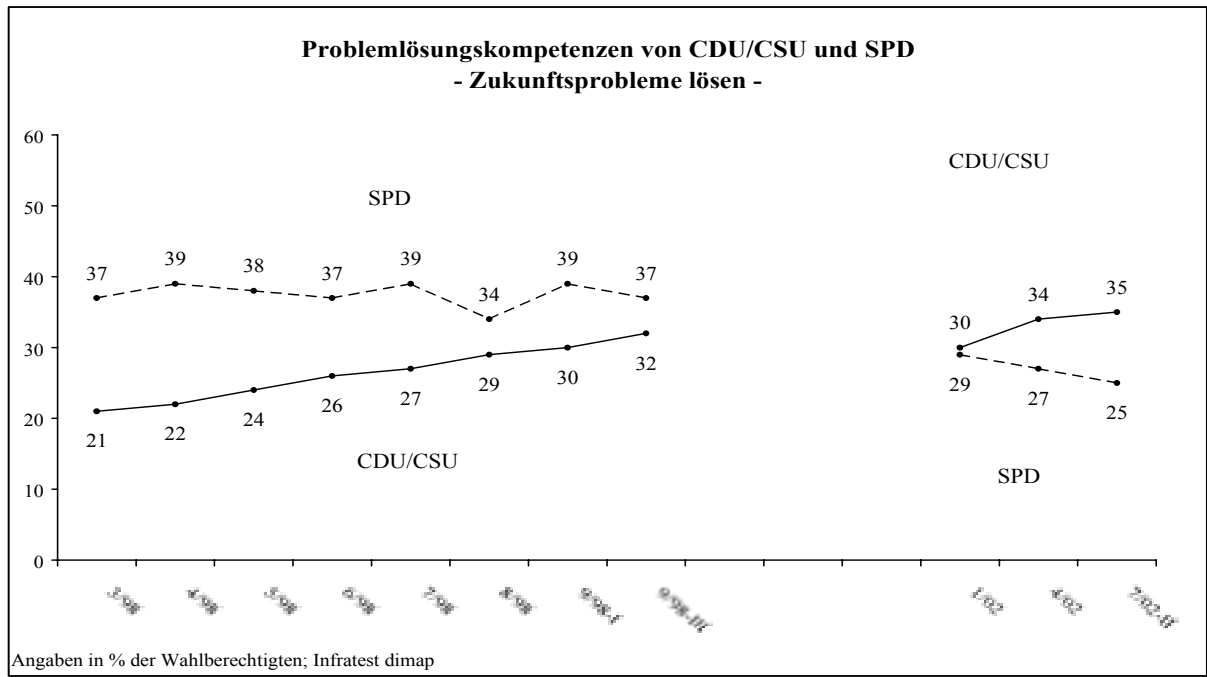


6. Ausgewählte Problemlösungskompetenzen

Sowohl bei den beiden wichtigsten Problemen als auch bei der zentralen Zukunftskompetenz gilt die Union als die kompetentere Partei. Im Vergleich zu 1998 hat sie bei der Frage der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie bei der Lösung der Probleme der Zukunft

den Kompetenzvorsprung der SPD streitig machen und wieder zurückgewinnen können. Nach wie vor unangefochten führt die Union bei der Wirtschaftskompetenz. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Zweifel an der Fähigkeit der Union die anstehenden Probleme nicht besser als eine SPD geführte Bundesregierung lösen zu können, nicht gefestigt. Die Wahrnehmung der konkreten Problemlösungsfähigkeit hat sich in der Vergangenheit für den Ausgang von Wahlen immer als besonders wichtig gezeigt.

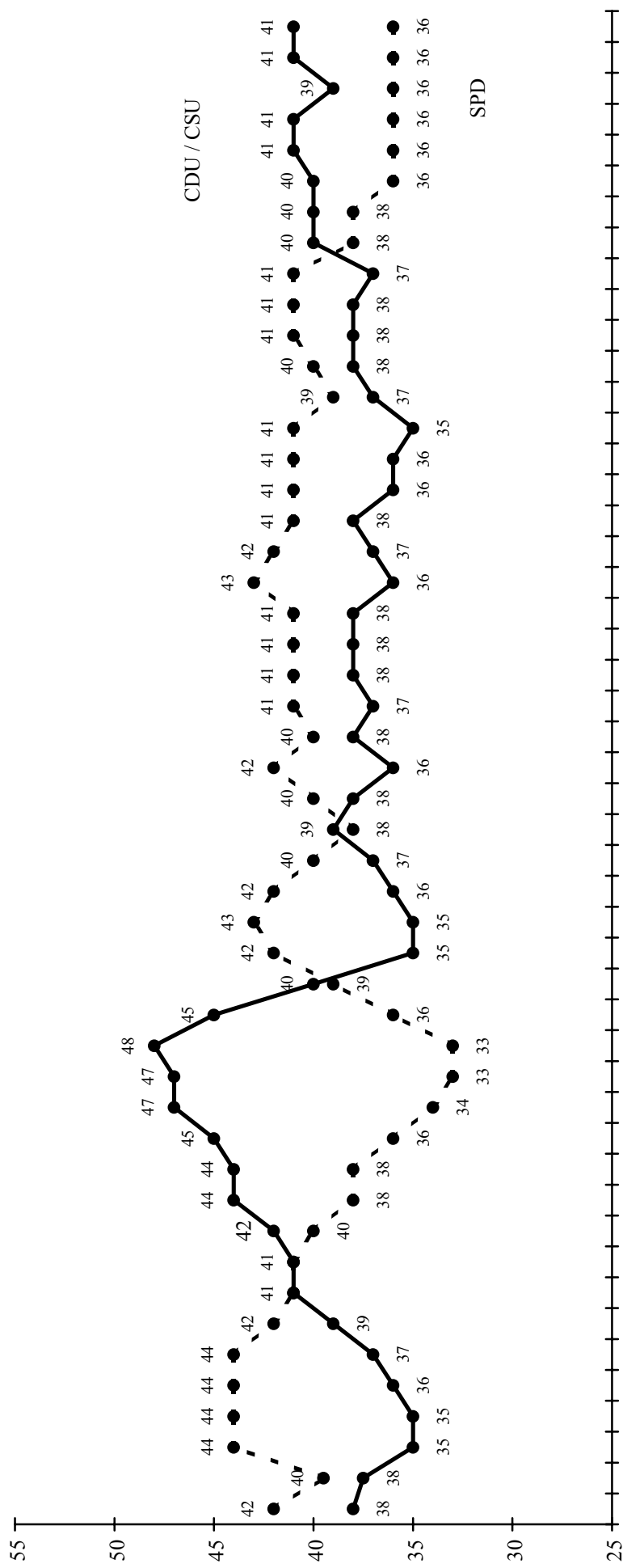




Anhang: Zusammenschau langfristiger Trends

Sonntagsfrage Forschungsgruppe Wahlen Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

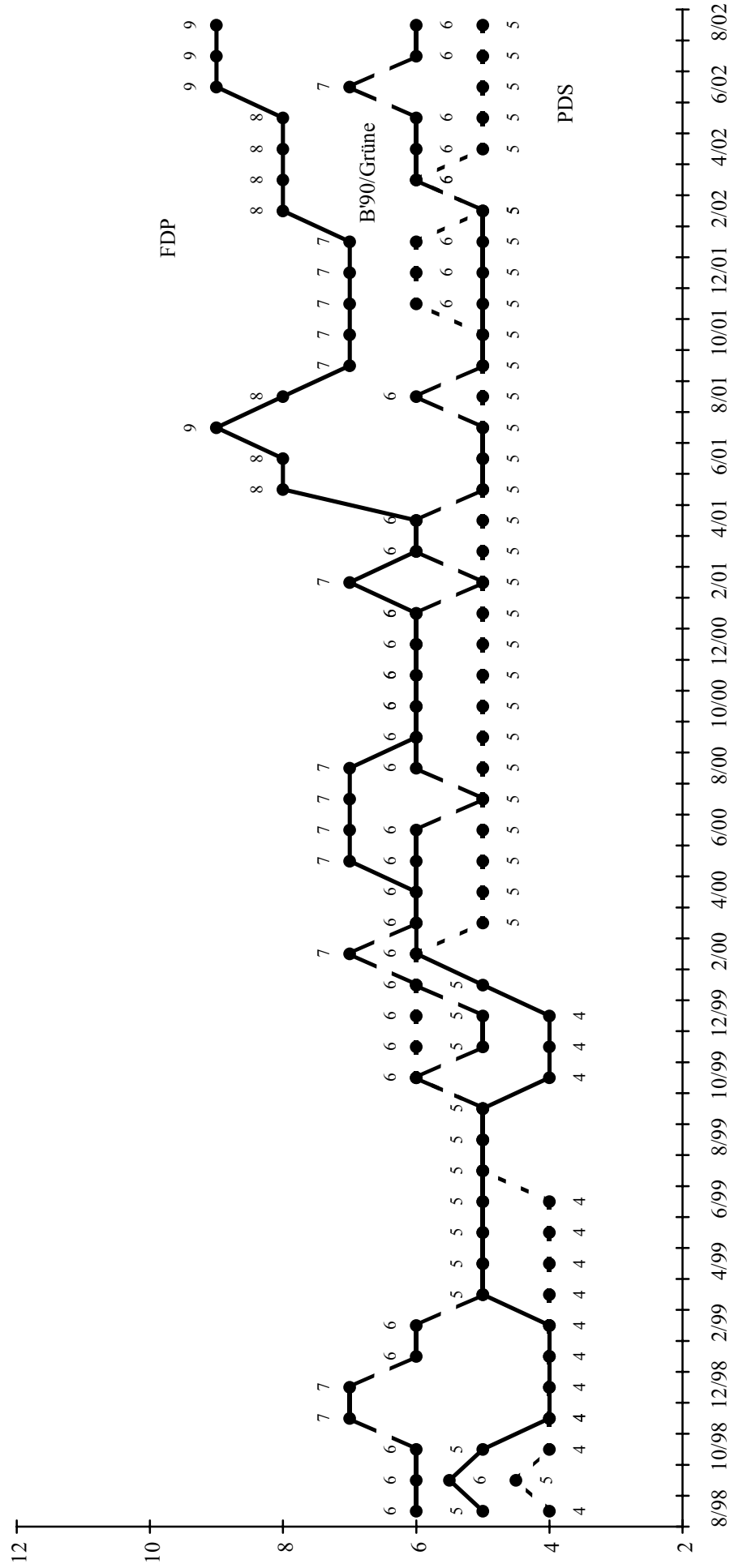


Angaben in % der Wähler; Forschungsgruppe Wahlen

Sonntagsfrage Forschungsgruppe Wahlen

Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

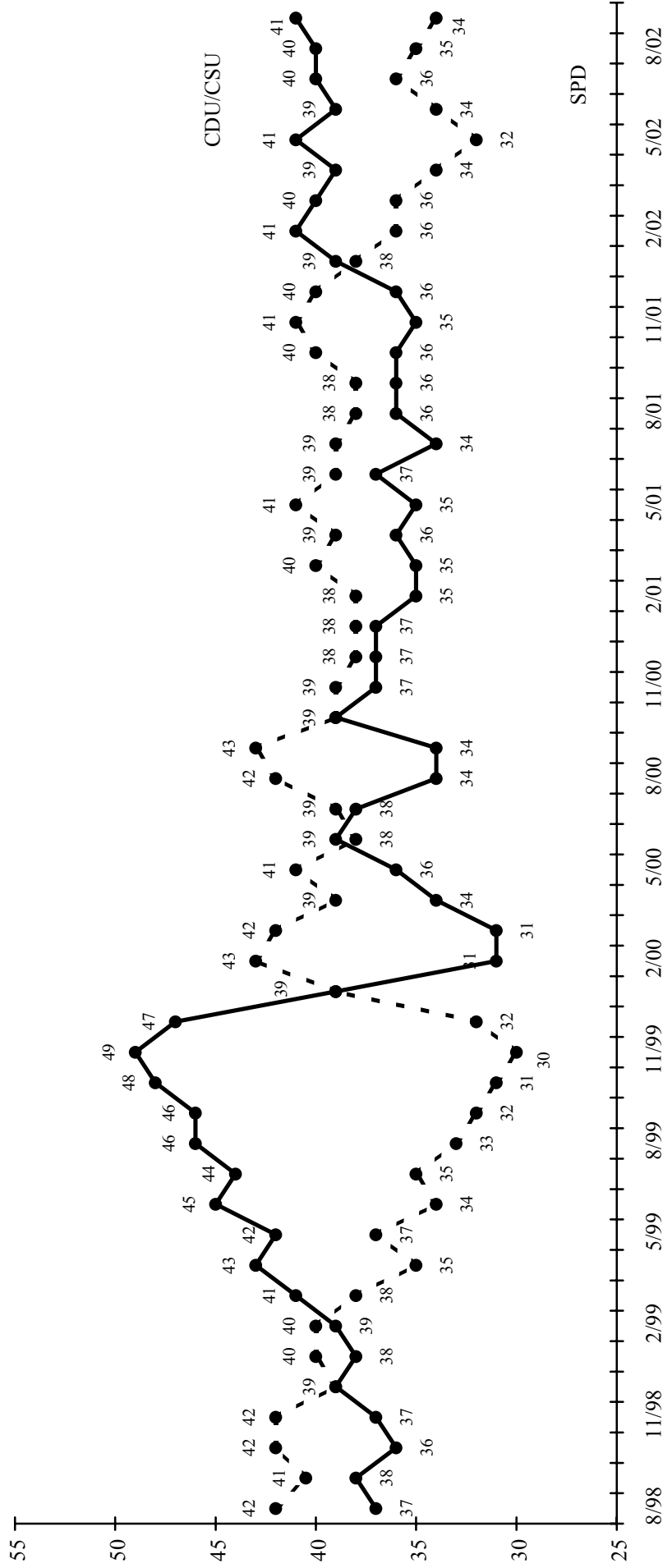


Angaben in % der Wähler; Forschungsgruppe Wahlen

Sonntagsfrage Infratest dimap

Gesamtdeutschland

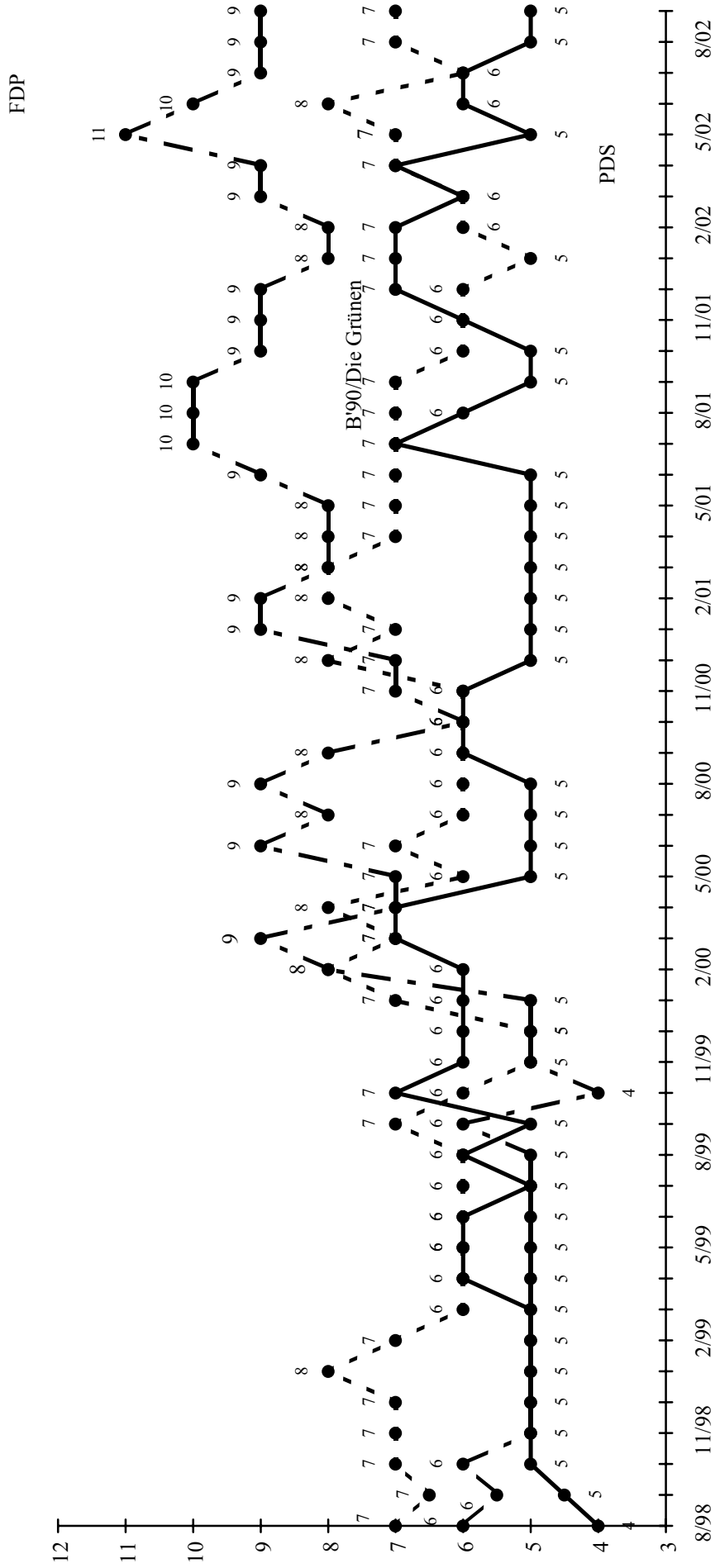
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler, Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

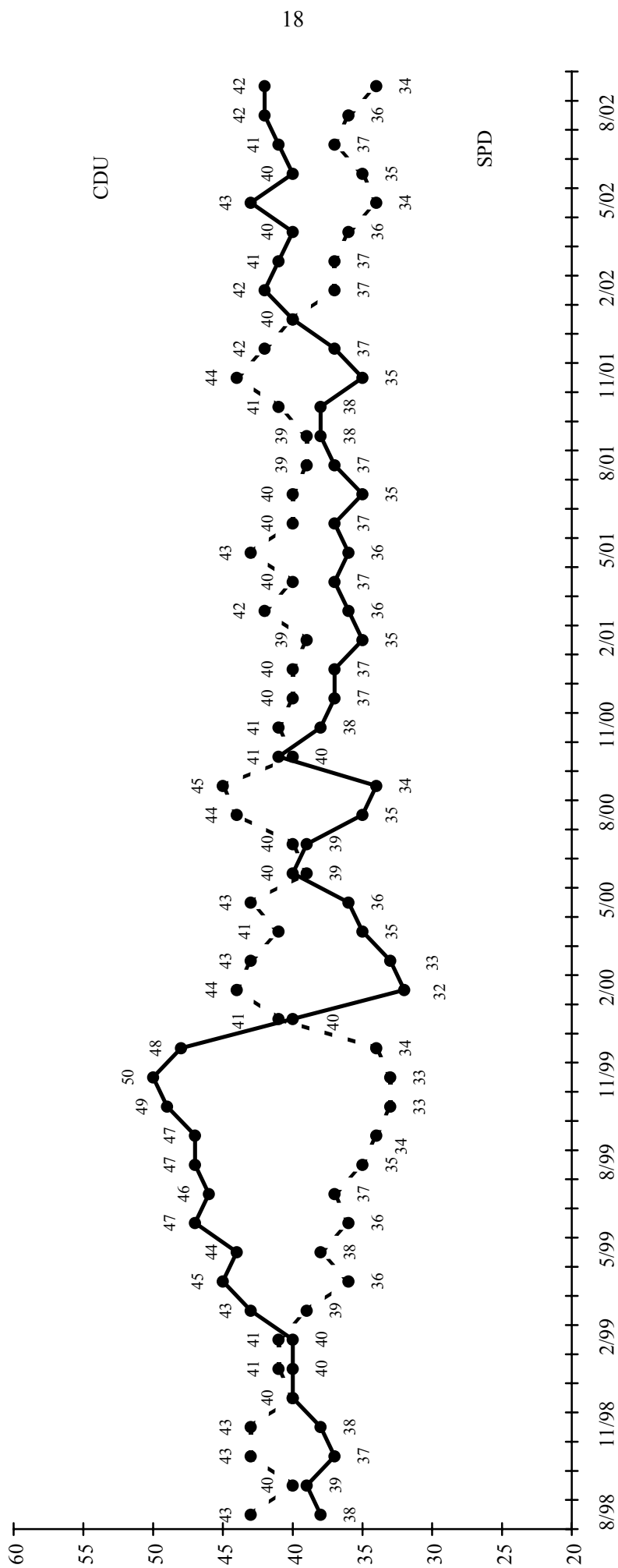


Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap

Westdeutschland

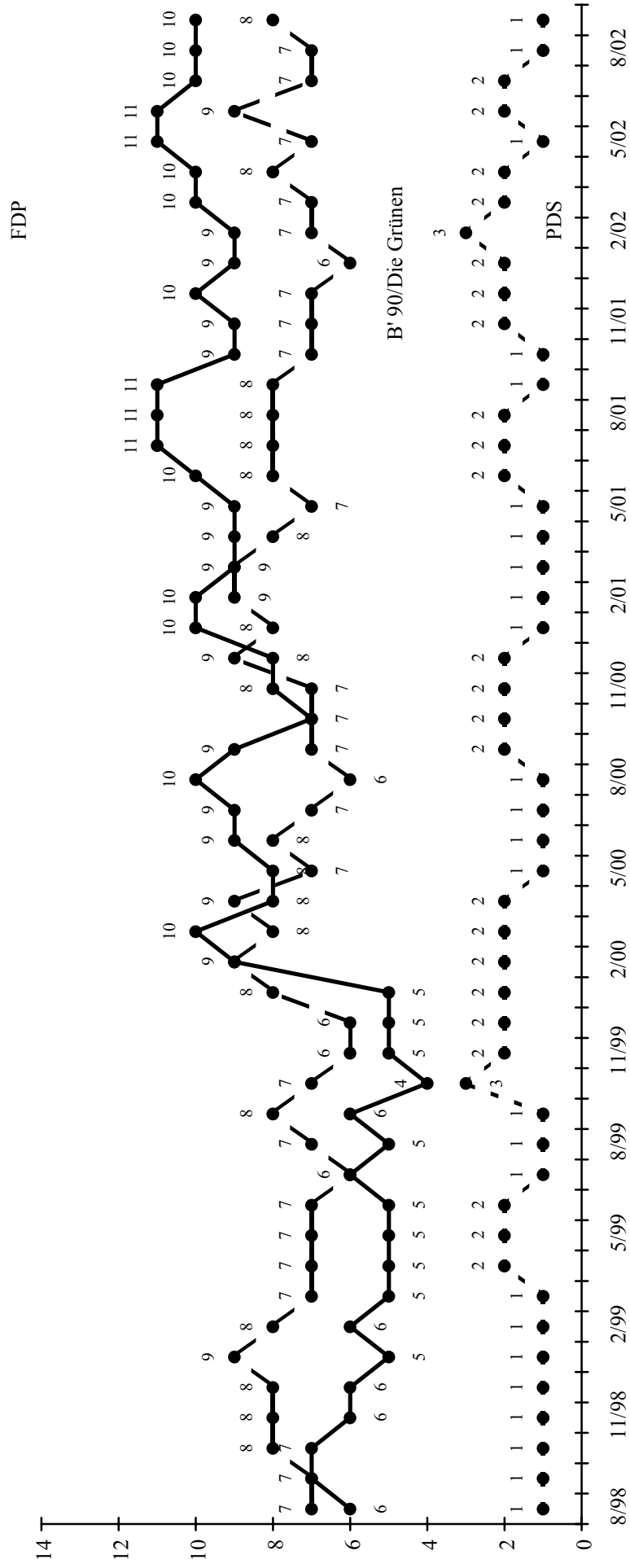
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap Westdeutschland

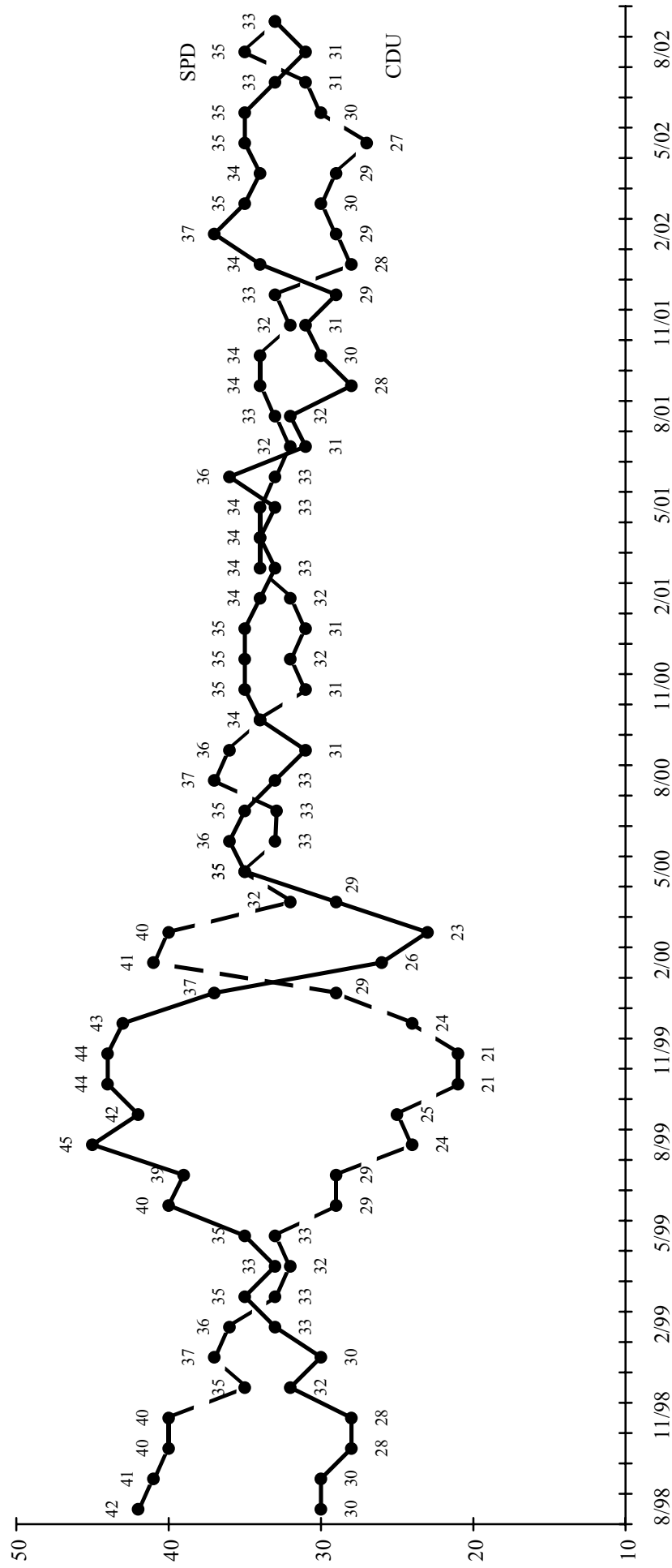
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler, Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap Ostdeutschland

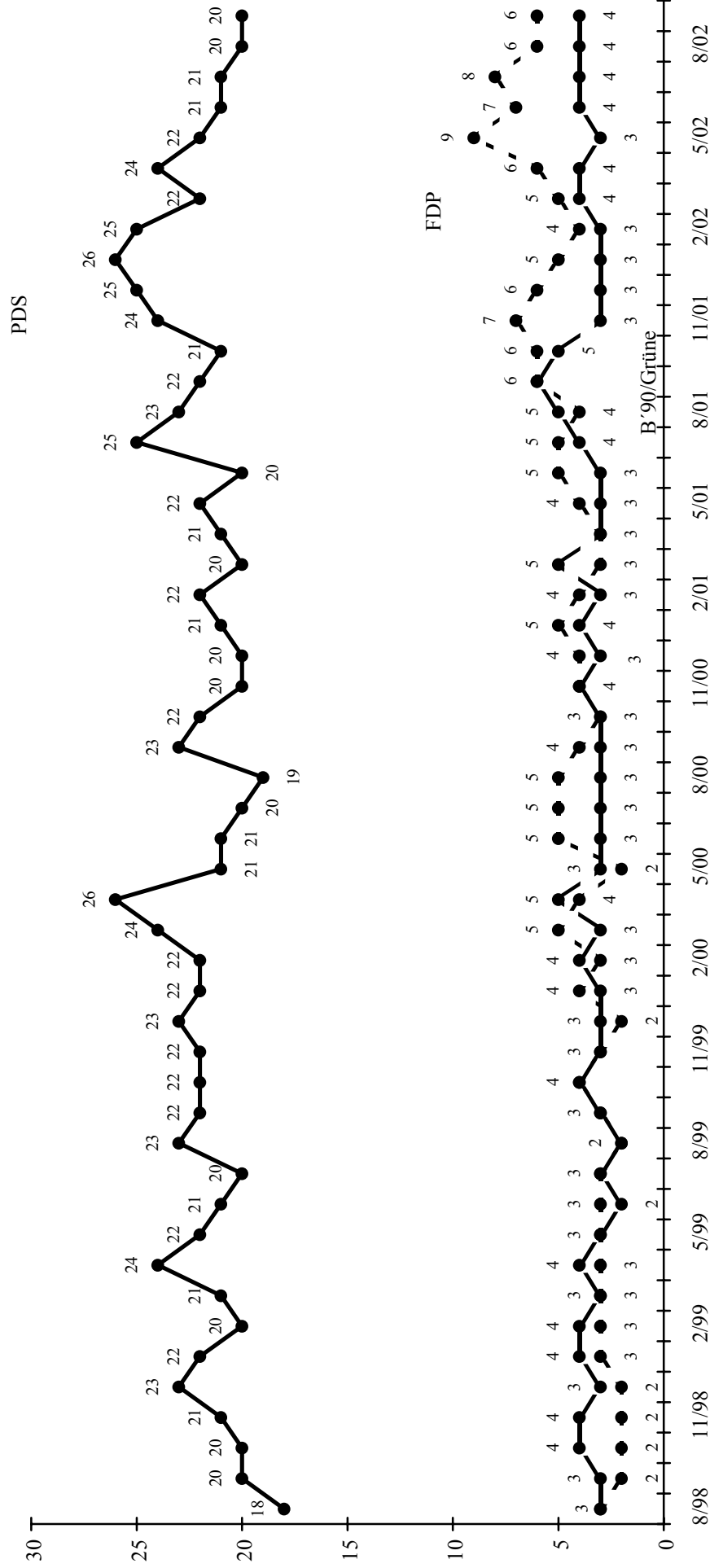
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap Ostdeutschland

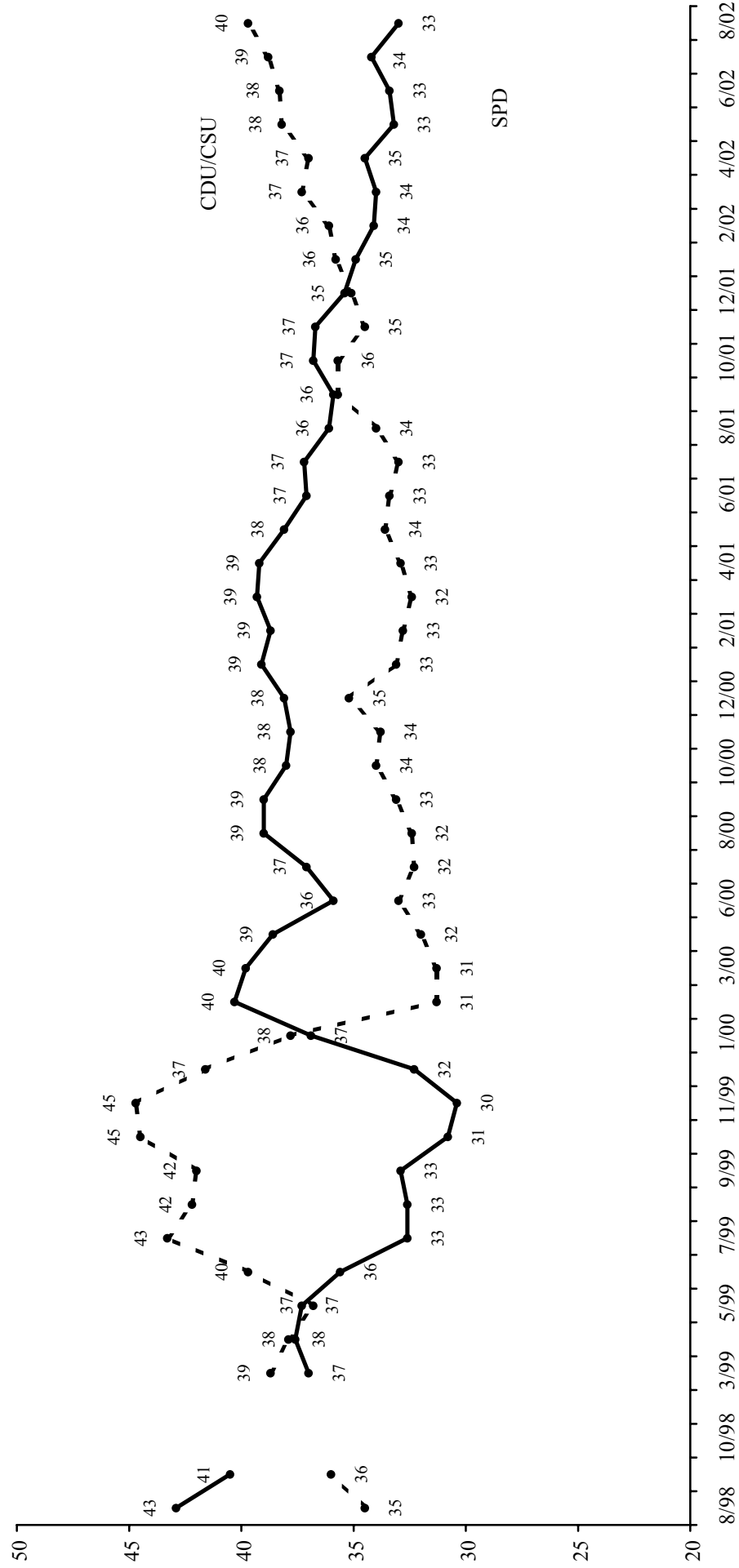
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage IfD Allensbach Gesamtdeutschland

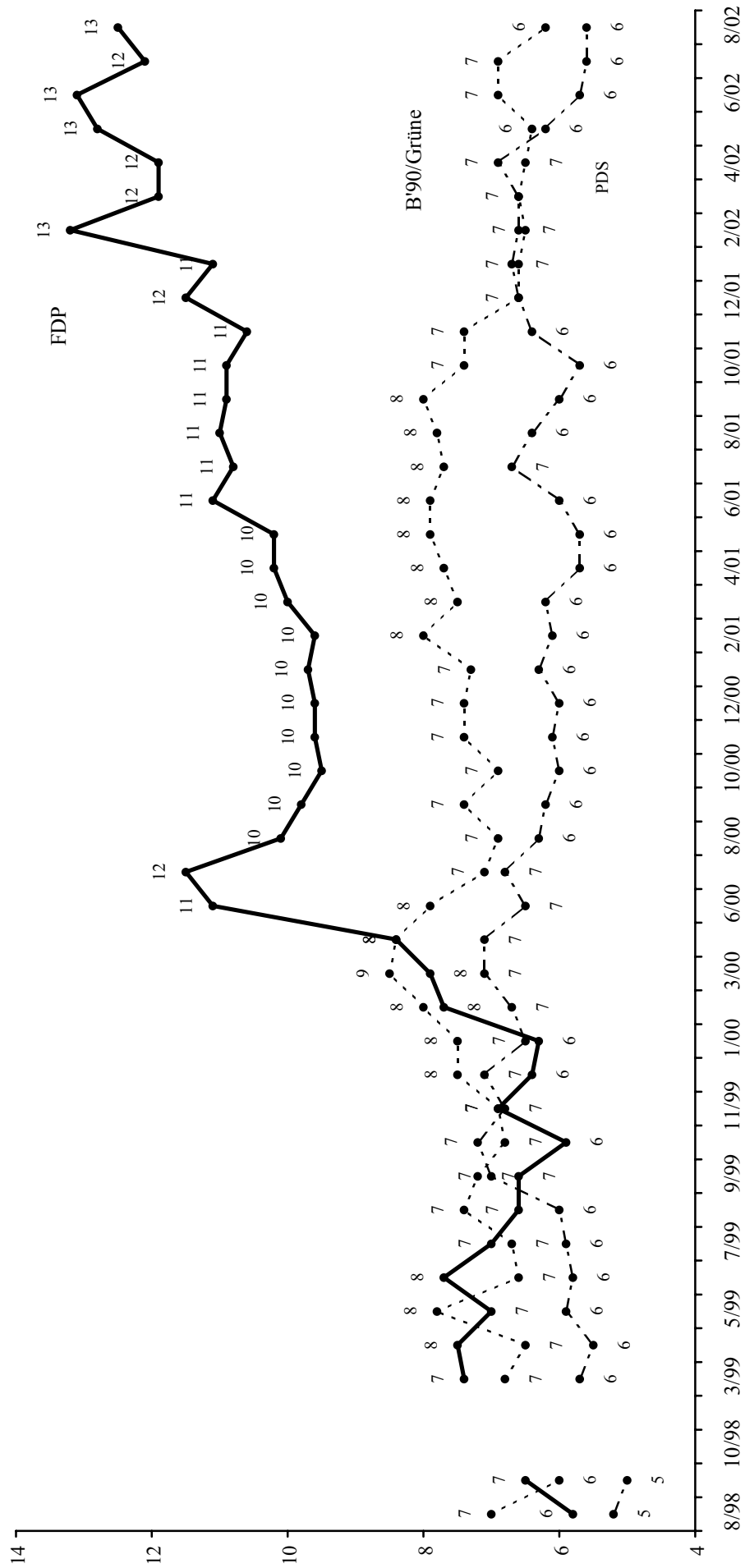
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

Sonntagsfrage IfD Allensbach Gesamtdeutschland

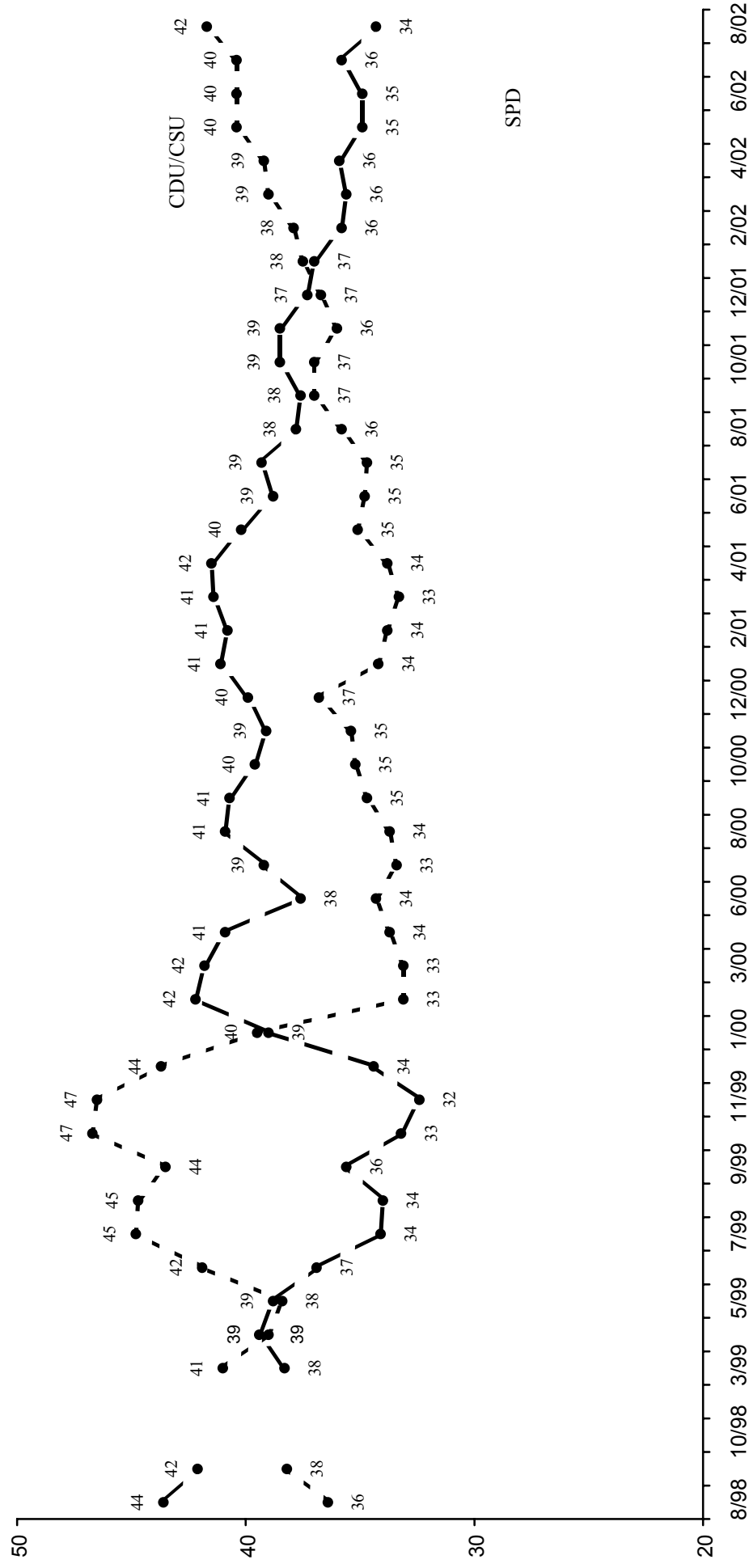
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

Sonntagsfrage IfD Allensbach Westdeutschland

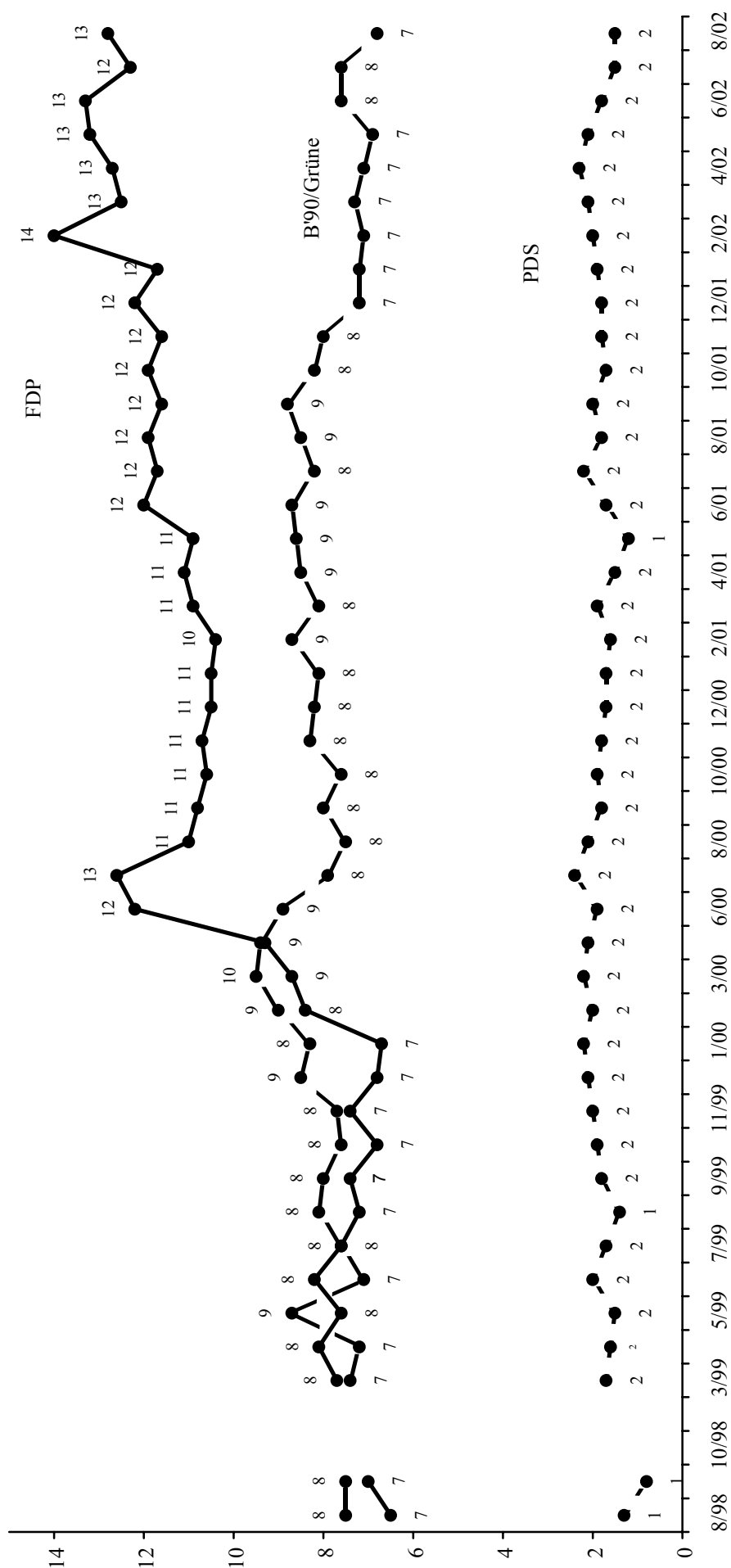
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

Sonntagsfrage IfD Allensbach Westdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

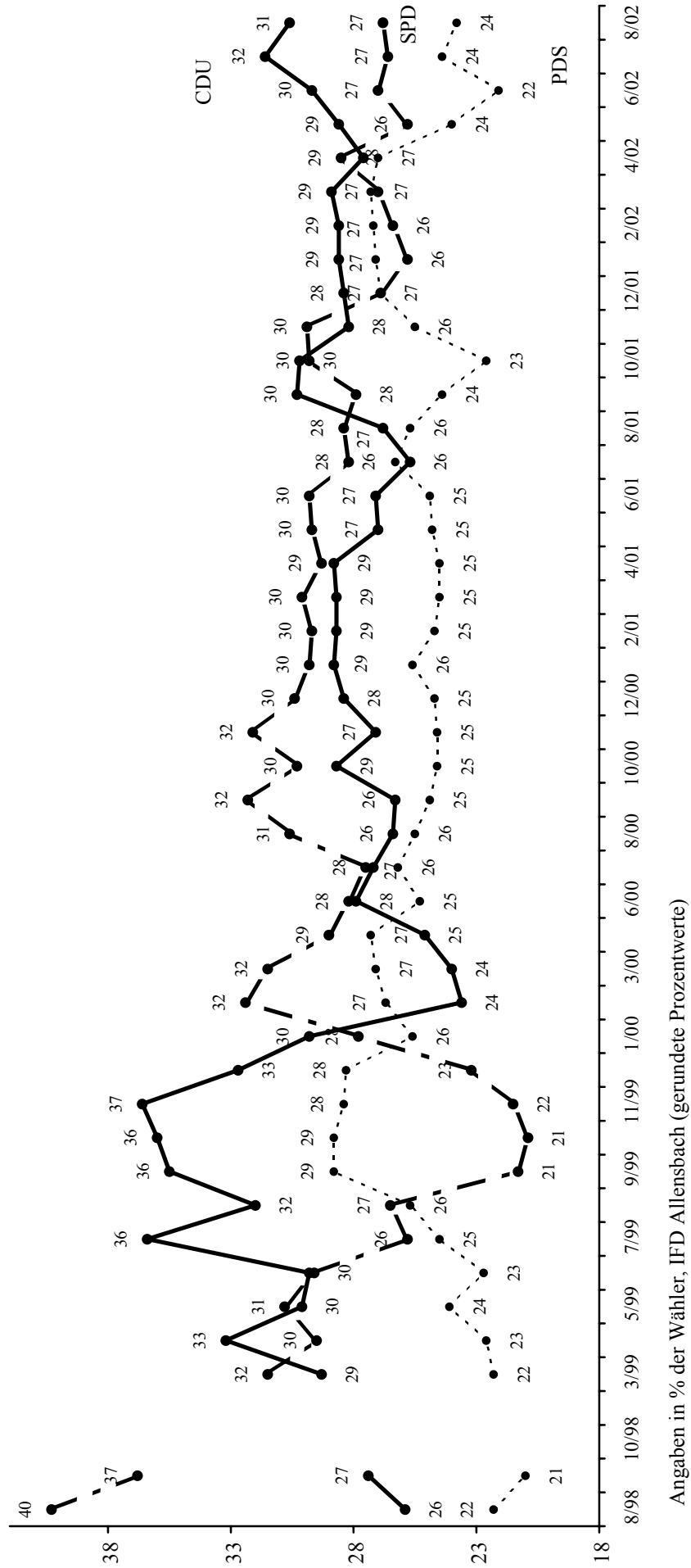


Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

Sonntagsfrage IFD Allensbach

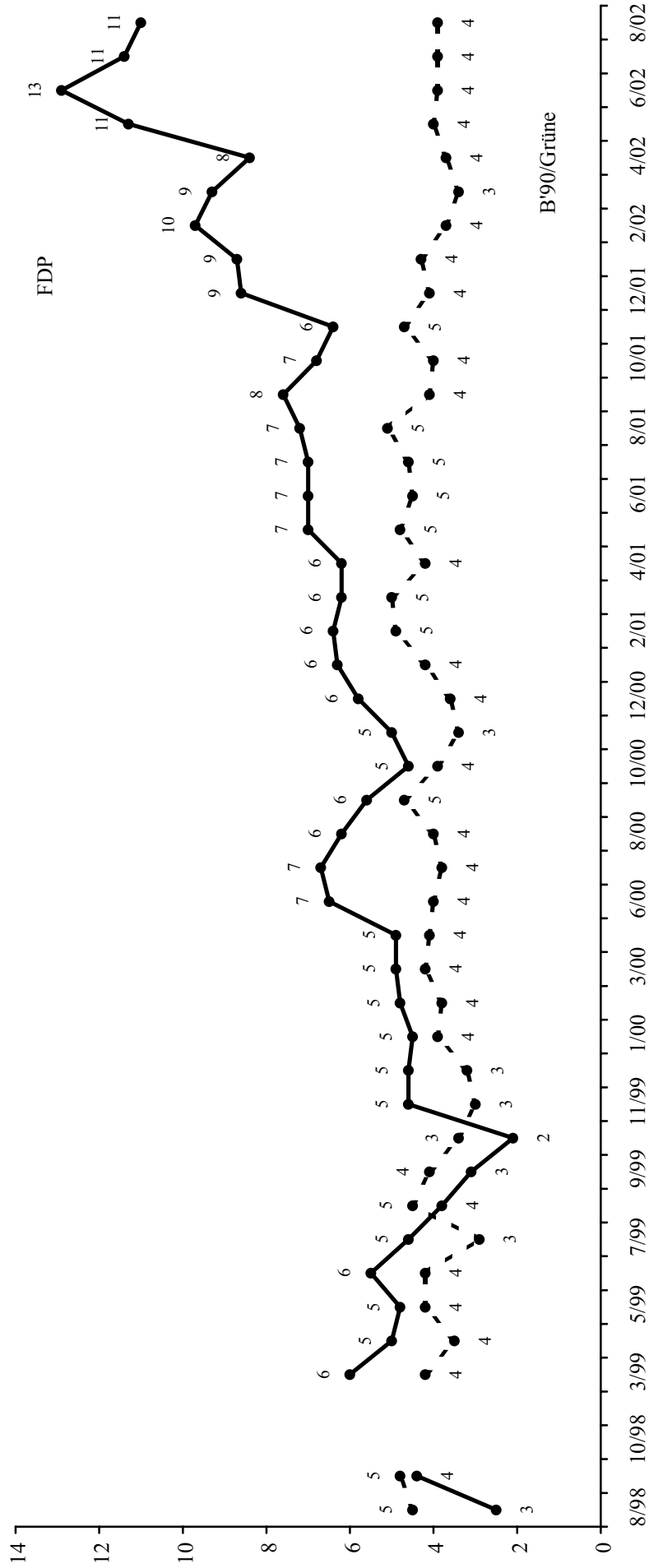
Ostdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Sonntagsfrage IFD Allensbach Ostdeutschland

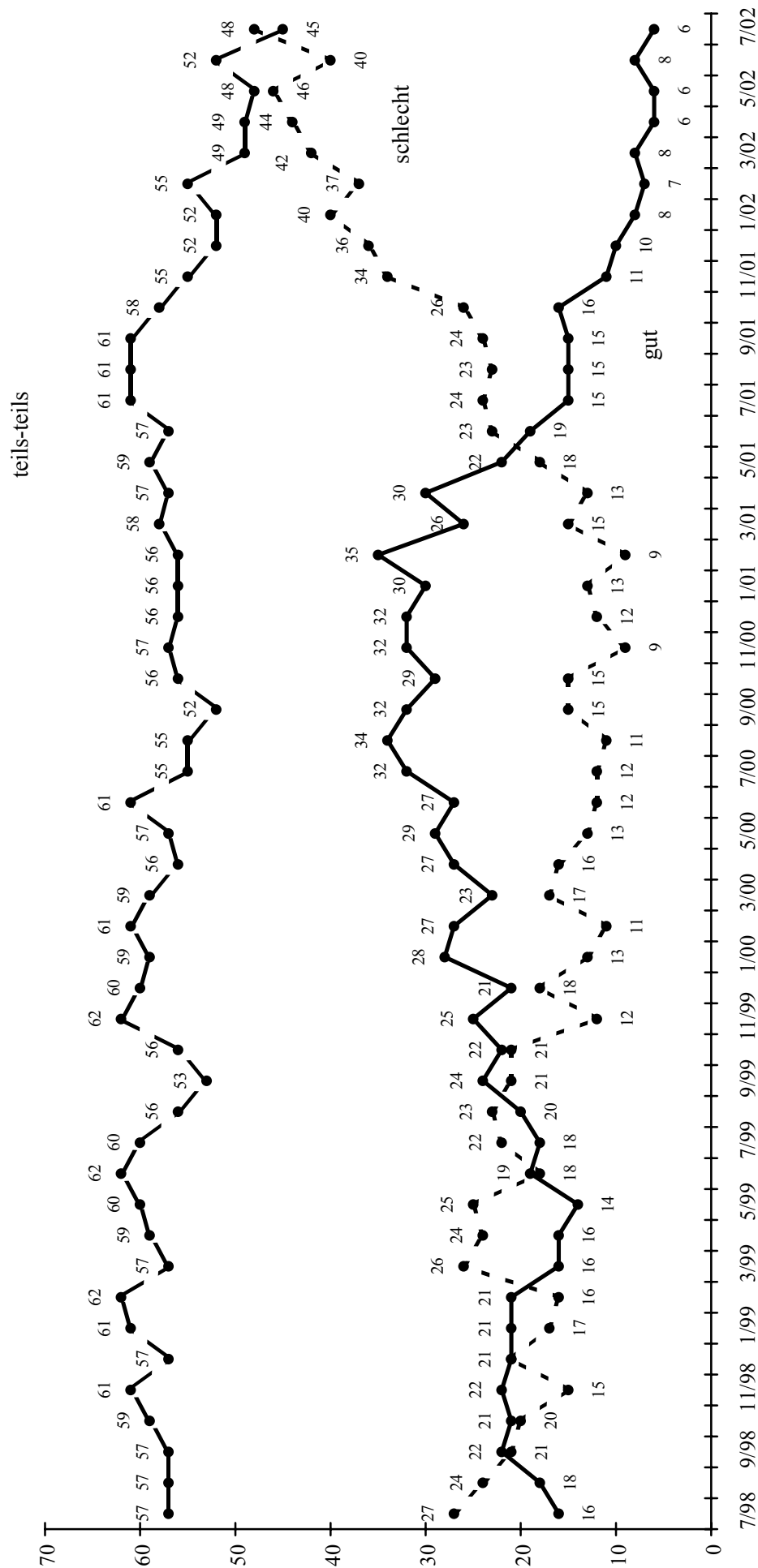
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; IFD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

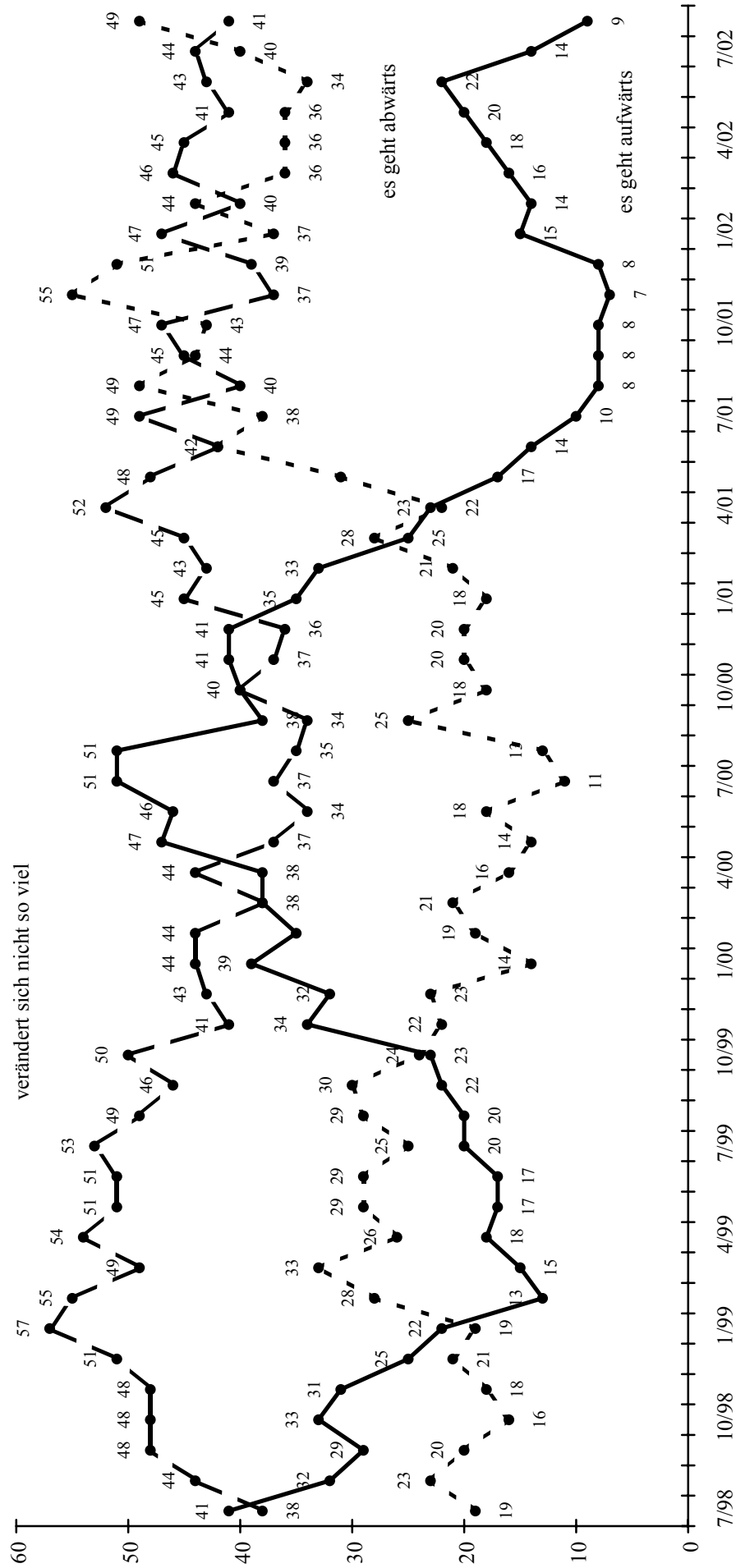
Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage

Wie bewerten Sie die derzeitige allgemeine Wirtschaftslage?



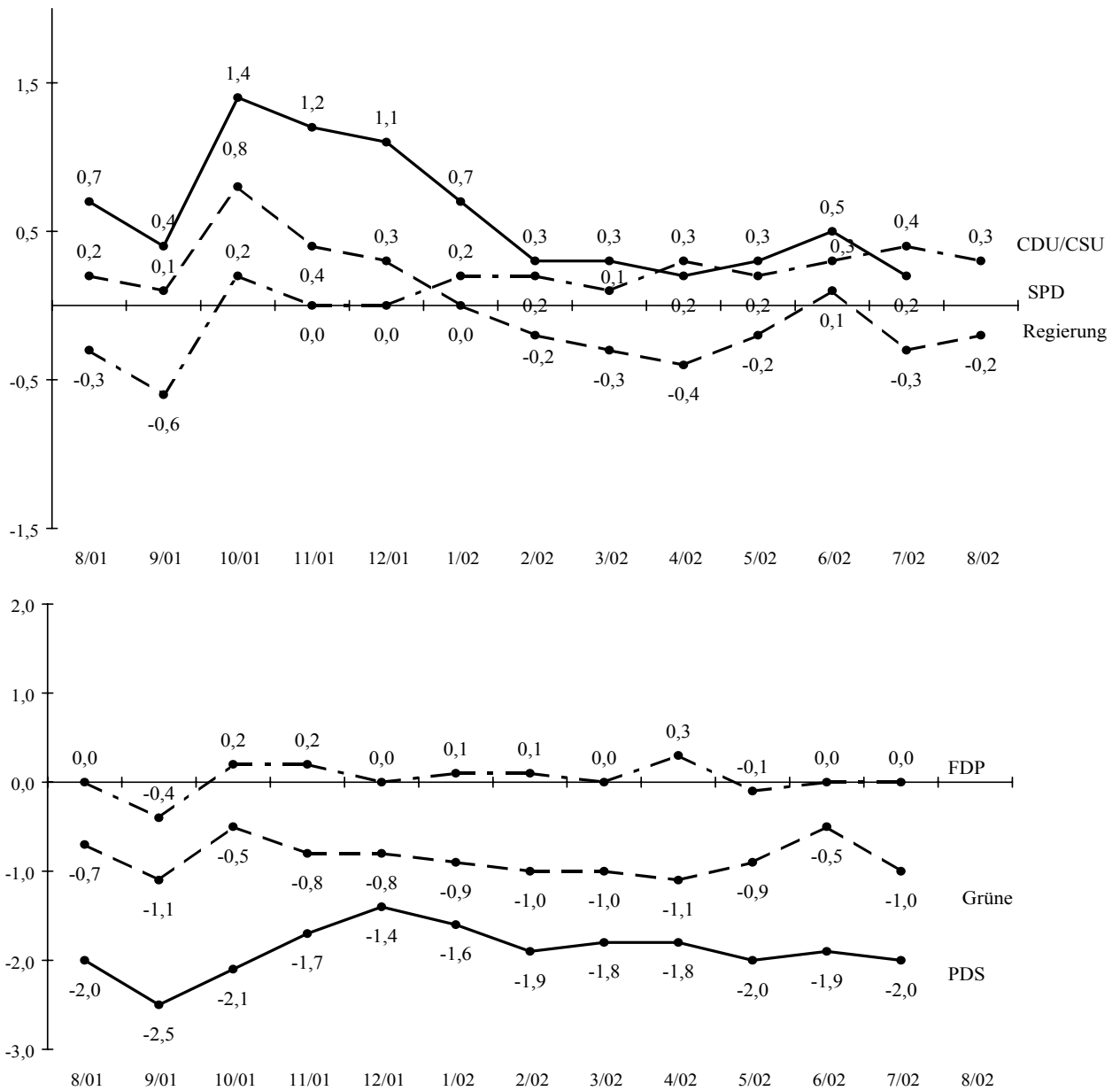
Bewertung der zukünftigen Wirtschaftslage

Und wie wird sich die Wirtschaftslage in Deutschland in den nächsten Monaten verändern?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

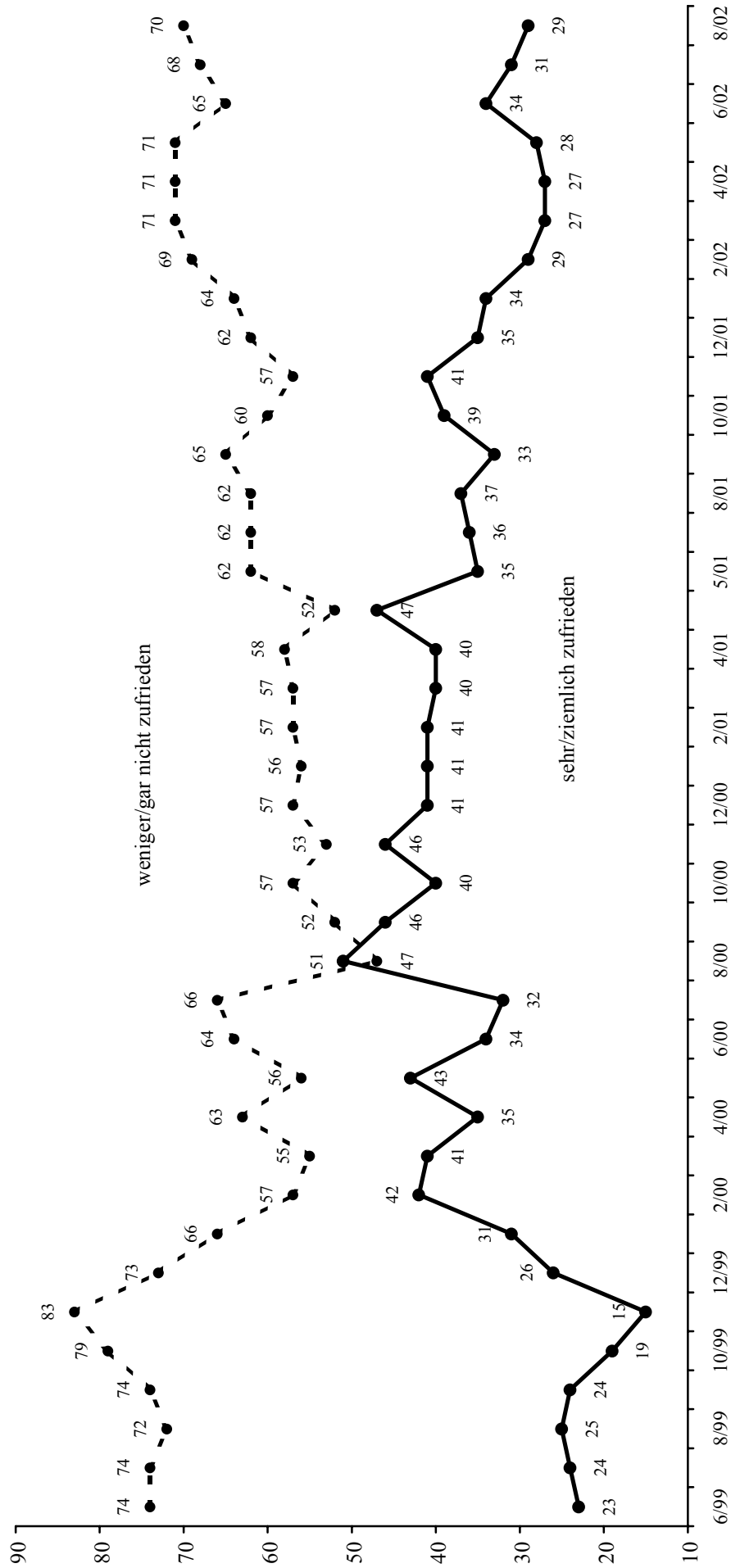
Zufriedenheit mit Regierung und Opposition



Mittelwerte der Wahlberechtigten; Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden);
Forschungsgruppe Wahlen

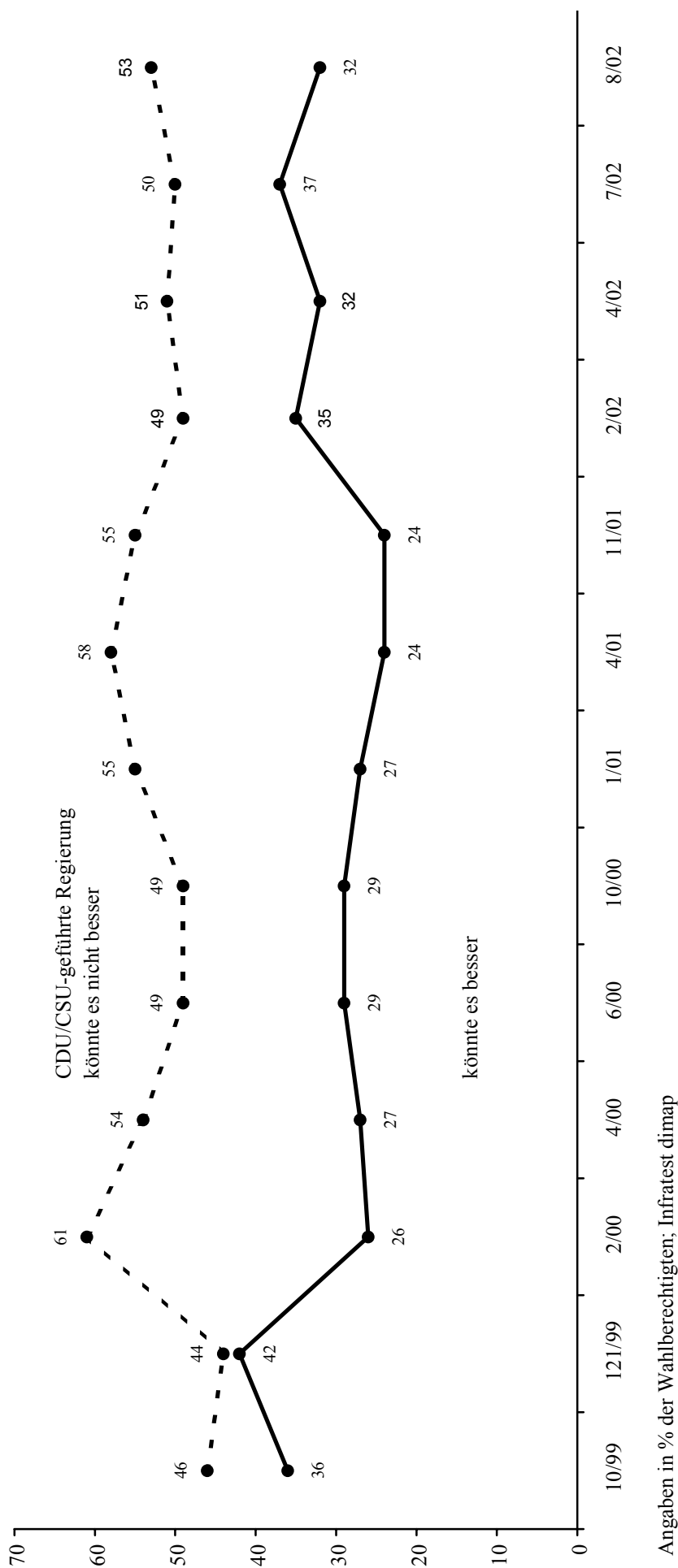
Zufriedenheit mit der Bundesregierung

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?



Einschätzung einer CDU/CSU - geführten Bundesregierung

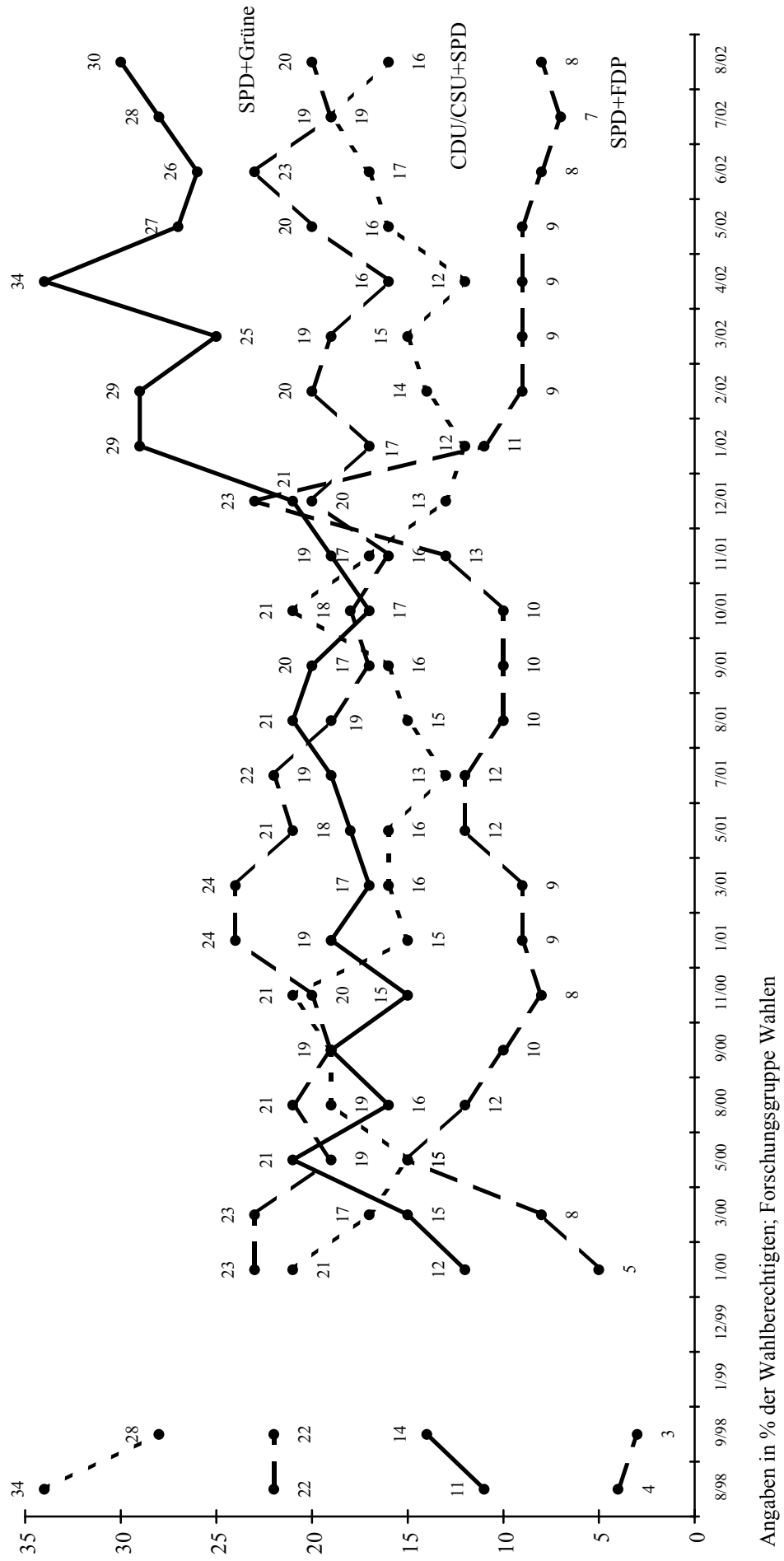
Könnte eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen, oder wäre sie dazu nicht in der Lage?



Gewünschte Regierungskoalition

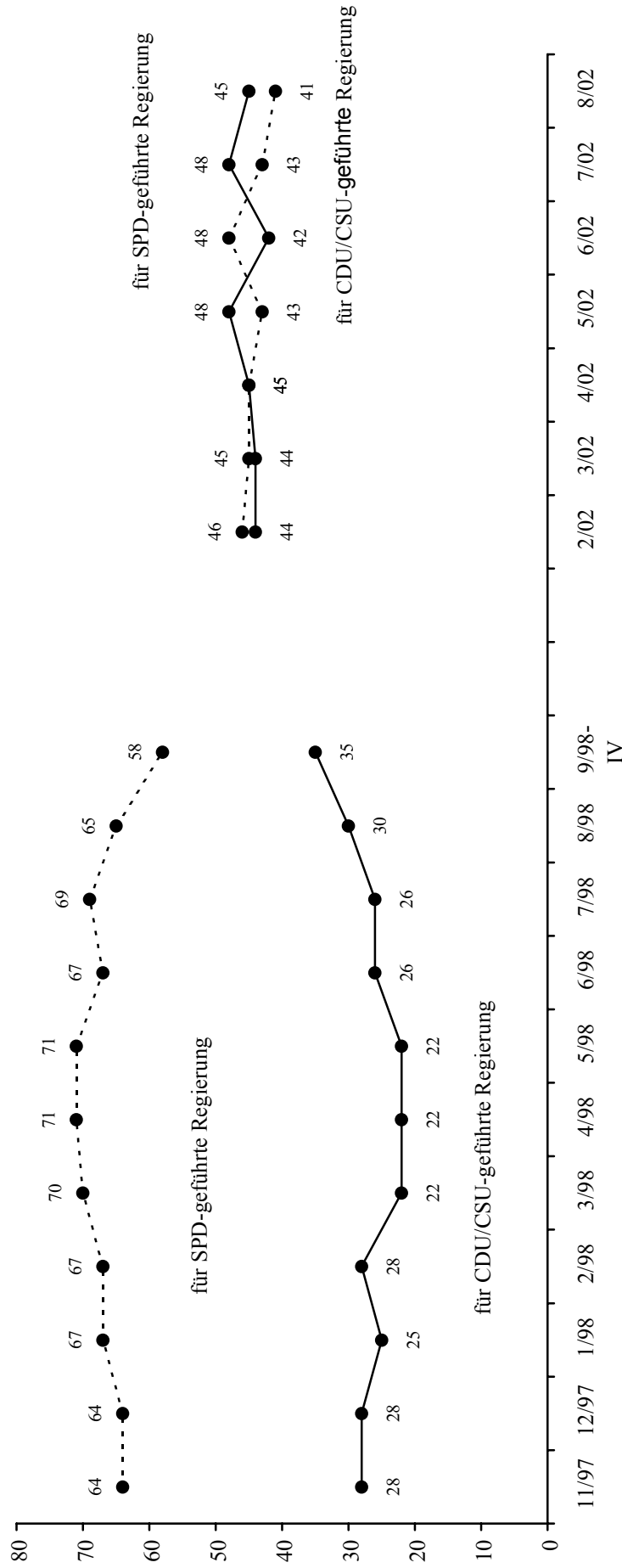
Welche Koalition wäre Ihnen am liebsten, wenn keine der Parteien bei der nächsten Bundestagswahl die absolute Mehrheit erhält?

CDU/CSU+FDP



Nächste Bundesregierung

Sollte die nächste Bundesregierung wieder von der SPD geführt sein oder sollte sie von der CDU/CSU geführt sein?



1998: Wenn Sie an die Bundestagswahl am 27. September 1998 denken: Sind Sie da für einen Regierungswechsel oder nicht?

2002: Denken Sie einmal an die Zeit nach der Bundestagswahl im September: Wenn es nach Ihnen ginge, sollte die nächste Bundesregierung wieder von der SPD geführt sein oder sollte sie von der CDU/CSU geführt sein?

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Wichtigkeit politischer Probleme - spontane, offene Nennung - In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?													
	Aug 01	Sep 01	Okt 01	Nov 01	Dez 01	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02
Arbeitslosigkeit	73	53	50	47	62	78	75	69	71	60	69	75	79
Politikerverdruss/Affären	7	7	5	11	8	7	8	16	9	10	9	11	11
Ausländer/Asylbewerber	9	7	6	5	8	8	9	15	13	8	14	10	7
Wirtschaftslage	9	10	9	11	13	14	13	10	14	14	11	17	16
Terror/Krieg/Frieden		41	54	49	23	10	9	8	9	11		4	6
Kriminalität/Ruhe/Ordnung	4	8	15	14	10	7	6	6	6	7	5		
EU/Euro/Europa	2	3	3	4	6	5	4	5					
Familie, Jugend, Kinder	6	4					4	5	7	5	5	4	5
Gesundheitswesen	6	5	2	2	5	5	3	5	5	2	4	4	4
Erfurt/Waffen/Gewalt										13			
Kosten/Preise/Löhne							5	4	6	15	10*	9*	9*
Bildung/Schule				2	7	6	4		4	6	14	5	5
Steuern/Steuererhöhung							4	5	5				
Rente/Altersicherung	7	3	4	4	5	5		4	3	5	5	4	4
Angaben in % der Wahlberechtigten (Mehrfachnennungen möglich), Forschungsgruppe Wahlen													

* Euro/Preiserhöhungen

Parteienkompetenz																			
	Wirtschaft			Arbeitslosigkeit			Alterssicherung			Gesundheitspolitik			Familienpolitik			Steuerpolitik			
	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	
1998	3	31	34	-3	19	47	-28												
	4	34	37	-3	20	44	-24												
	5	32	38	-6	20	47	-27												
	6	37	37	0	23	44	-21												
	7	37	37	0	23	46	-23												
	8	41	32	9	27	40	-13												
	9	43	33	10	28	43	-15												
	1999	2	38	42	-4	27	48	-21											
		5	47	28	19	33	37	-4											
7		50	28	22	36	33	3	38	31	7						34	35	-1	
9		53	23	30	36	29	7				29	31	-2			37	29	8	
12		51	25	26	36	31	5				34	25	9			37	26	11	
2000	2	38	39	-1	24	45	-21				25	36	-11			24	43	-19	
	5	41	36	5	26	45	-19									28	42	-14	
	8	35	42	-7	23	51	-28	29	37	-8						25	45	-20	
	11	39	35	4	27	46	-19	30	33	-3						31	35	-4	
		2	40	33	7	30	42	-12	30	33	-3	24	31	-7			28	38	-10
2001	5	40	34	6	28	43	-15	26	36	-10						28	37	-9	
	8	40	30	10	33	32	1	30	30	0	29	27	2	22	46	-24			
	10	40	34	6	33	35	-2	28	37	-9						30	36	-6	
2002	1	44	30	14	35	30	5	32	33	-1	29	28	+1			31	30	1	
	4	45	29	16	39	27	12	33	31	2						33	28	5	
	7	53	24	29	46	25	21									27	47	-20	

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteienkompetenz												
	Staatsverschuldung			Kriminalität			Schutz vor Terror in Deutschland			Asyl/Ausländer		
	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.
1998												
3												
4												
5												
6												
7												
8												
9												
2												
5												
7												
9												
12												
2000												
2												
5												
8												
11												
2001												
2												
5												
8												
10												
2002												
1												
4												
7												

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteienkompetenz																		
	Umweltpolitik				Verbraucherschutz				Energiepolitik				Wohlstand sichern				Zukunftsprobleme lösen	
	CDU/ CSU	SPD	Diff.	Grüne	CDU/ CSU	SPD	Diff.	Grüne	CDU/ CSU	SPD	Diff.	Grüne	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.
1998	3															21	37	-16
	4															22	39	-17
	5															24	38	-14
	6															26	37	-11
	7															27	39	-12
	8															29	34	-5
9															30	39	-9	
1999	2	16	28	-12	41				26	33	-7	22				29	41	-12
	5								29	27	2	20			7	35	32	3
	7	21	21	0	38				31	25	6	21				40	27	13
	9	20	15	5	45											37	26	11
	12	20	15	5	44											37	24	13
2000	2	13	22	-9	47				24	27	-3	26				23	38	-15
	5															28	34	-6
	8	14	22	-8	45											25	38	-13
	11	17	22	-5	39											29	31	-2
2001	2					15	29	-14								28	31	-3
	5					17	32	-15								33	34	-1
	8	14	15	-1	50	17	30	-13								29	27	2
	10															28	33	-5
2002	1															30	29	1
	4															34	27	7
	7															35	25	10

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Zufriedenheit mit Politikern																	
	Merkel	Stoiber	Merz	Schäuble	Späth	Schröder	Schily	Eichel	Riester	Scharping	Münterfering	Fischer	Trittin	Künast	Westerwelle	Möller-mann	Gysi
Okt 98		1,7		1,9		2,6				0,5		0,7					
Nov 98		1,3		1,8		2,4				0,2		1,4	0				-1,0
Dez 98		1,3		1,4		2,2				0,2		1,3	-0,3				-1,2
Jan 99		1,2		1,2		2,2				0,3		1,2	-0,9				-1,4
Feb 99		1,0		1,1		2,0				0,3		1,4	-1,5				-1,6
Mrz 99		1,1		1,1		1,8				0,3		1,5	-1,6				-1,4
Apr 99		1,1		1,2		2,2		1,2		1,5		2,2	-1,3				-1,5
Mai 99		1,3		1,2		2,0		1,1		1,3		1,9	-1,6				-1,8
Jun 99		1,3		1,4		1,6		0,7		1,1		2,0	-1,8				-1,6
Jul 99		1,2		1,0		1,3		0,9	0,0	1,4		2,1	-1,5				-1,4
Aug 99		1,0		1,1		0,7		0,7	0,0	1,2		1,9	-1,5				-1,5
Sep 99		0,7		1,5		0,5		0,7	-0,1	0,9		1,9	-1,3				-1,1
Okt 99		0,7		1,3		0,5		0,6		1,0	0,4	1,8					-1,2
Nov 99		0,9		1,1		0,6		0,7		0,9	0,3	1,6					-1,1
Dez 99		0,7		1,1		1,2		0,9		1,0	0,6	1,9					-1,3
Jan 00	0,9	0,7		-0,5		1,7		1,2		1,0		2,0					
Feb 00	1,1	0,6		-1,0		1,4		0,9		0,8		1,7					
Mrz 00	1,7	0,9		0,2		1,6		1,1		0,8		1,6					
Apr 00	2,4	0,9		0,6		1,6		1,0		0,7		1,6					-0,9
Mai 00	2,0	1,1	0,8	0,5		1,8		1,3		0,9		1,7					-0,8
Jun 00	1,8	0,8	0,6	0,1		1,4		0,8		0,7		1,4					
Jul 00	1,4	0,7	0,3			1,9		1,2		0,7		1,8	-0,8			-0,1	
Aug 00	1,5	0,8	0,3			2,0		1,7		0,8		1,9	-0,6			-0,1	
Sep 00	1,4	0,9	0,2			1,6		1,0		0,5		1,7	-1,1			-0,1	
Okt 00	1,0	0,5	0,0			1,4		0,9	0,0	0,4		1,6	-1,0			-0,5	
Nov 00	0,9	0,8	0,0			1,9		1,2	0,4	0,8		1,9	-0,5			-0,1	
Dez 00	1,0	1,0	0,1			2,0		1,1	0,3	0,6		2,2	-0,6			-0,4	
Jan 01	0,9	0,7	0,0			1,8		0,9	0,1	0,4		1,6		0,3	0,3		
Feb 01	0,3	0,8	-0,5			1,8		1,1	0,2	0,2		1,6		1,3	0,4		
Mrz 01	0,7	0,9	-0,5			1,9		1,0	0,2	0,1		1,6		1,6	0,4		
Apr 01	0,5	0,7	-0,5			1,9		1,2		0,3		1,6	-1,3	1,5	0,2		
Mai 01	0,5	0,8	-0,2			1,7		1,0		0,2		1,5	-1,0	1,2	0,8		
Jun 01	0,5	1,0	-0,4			1,9		1,2		0,3		1,9	-0,9	1,2	0,7		
Jul 01	0,5	0,9	-0,5			2,0		1,3		0,4		2,1	-0,7	1	0,7		
Aug 01	0,5	0,8				1,3		1,0				1,9	-0,7	0,7	0,7		-0,6
Sep 01	0,4	1,1				1,6		1,1				1,8	-0,8	0,6	0,6		-0,7
Okt 01	0,7	1,4				2,5	1,4	1,2		0		2,3			0,8		-0,5
Nov 01	0,5	1,2	-0,1			1,9	0,9	0,9		-0,5		2,1			0,7		-0,1
Dez 01	0,9	1,3	-0,1			1,9	1,1	0,9		-0,6		2,3			0,6		0,3
Jan 02	1,2	1,2		0,9		1,5	0,7	0,9		-1,0		1,9			0,6		0,0
Feb 02	1,0	0,7		1,0		1,3	0,3	0,4		-1,3		1,8			0,5		-0,3
Mrz 02	0,9	0,8		0,8		1,3	0,5	0,4		-1,5		1,9			0,5		-0,5
Apr 02	0,8	0,6				1,0	0,7	0,6		-1,3		1,9		0,4	0,6		-0,3
Mai 02	0,9	0,5				1,3	0,7	0,6		-1,4		1,9		0,3	0,3		-0,6
Jun 02	1,1	0,7				1,7	1,0	0,8		-1,1		2,2		0,6	0,3		-0,4
Jul 02	1,1	0,7			1,6	1,1	0,9	0,7				1,8		0,4	0,2		-0,5
Aug 02	1,0	0,7			1,6	1,3	1,0	0,7				1,9		0,5	0,3		-0,5
	Merkel	Stoiber	Merz	Schäuble	Späth	Schröder	Schily	Eichel	Riester	Scharping	Münterfering	Fischer	Trittin	Künast	Westerwelle	Möller-mann	Gysi

Mittelwerte der Wahlberechtigten, Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden); Forschungsgruppe Wahlen

